Nr. 43. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 12. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Deutsche Gefechtserfolge in Ostpreußen und rechts der Weichsel

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Der 9. Februar war nur durch Artilleriekämpfe gekennzeichnet, die an einigen Stellen der Front, namentlich an der Aisne und in der Champagne, ziemlich heftig waren. Das einzige, übrigens wenig bedeutende, Infanteriegefecht wurde aus Lothringen gemeldet, aus Manonviller, wo eines unserer Detachements einen feindlichen Posten von Remontois auf Hintry zurückwarf.

Paris, 11. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr. Während der Nacht vom 9. zum 10. sprengten wir bei La Boisselle drei Minenherde und konnten die Trichter besetzen trotz eines Gegenangriffs, welchen wir mit dem Bajonett zurückwarfen. In den Argonnen Artilleriekämpfe und beiderseitiges Bombenwerfen, namentlich im Gebiete von Bolante und Bagatelle. Die letzten Nachrichten melden einen sehr heftigen, aber erfolglosen Angriff der Deutschen gegen das Schanzwerk Marie Thérèse. In Lothringen am Ostrande des Parroy-Waldes und nördlich des Waldes warfen unsere Vorposten einen feindlichen Angriff mühelos zurück. Die kleine im Mittagsbericht gemeldete Aktion nordöstlich Manonviller endete mit der Verfolgung der Deutschen durch unsere Husaren. In den Vogesen bei Fontenelle und Ban-de-Sapt wurde ein feindlicher Angriff zum Stehen gebracht.

General Pau noch in Paris?

Paris, 11. Februar. (W. T. B.) Der „Temps" erklärt, General Pau weile gegenwärtig noch in Paris und habe keine andere Mission in Rußland, als dem Oberkommando einige Auszeichnungen zu überbringen.

Ein französischer Flieger über Vlissingen.

Amsterdam, 11. Febr. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Heute um 10 Uhr warf ein aus südwestlicher Richtung kommender Flieger, wahrscheinlich ein französischer, über Vlissingen Bomben ab. Eine fiel ins Wasser, eine andere beschädigte die Deichmauerung leicht. Hierauf entfernte sich der Flieger in westlicher Richtung über die Schelde.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am Duklapaß.

Budapest, 10. Februar. (W. T. B.) Der Kriegsberichterstatter des „Az Est", Franz Molnar, berichtet vom Schauplatz der Kämpfe am Duklapaß: Der Hauptzweck der dortigen russischen Offensive ist einerseits, unsere Erfolge in den Ostkarpathen zu paralysieren, und andererseits, die Eisenbahn Jasko-Lemberg, die für sie eine Lebensfrage ist, zu verteidigen. Ihr Hauptangriff fand vom Nachmittag des 3. Februar bis zum Abend des 4. Februar statt. Am 3. Februar kamen kleinere Gruppen in dichtem Nebel vom Berg herab, um unsere Stellungen zu stürmen. Wir warteten, bis eine größere Gruppe beisammen war, dann eröffneten wir das Feuer. Trotz ihrer Verluste unternahmen die Russen den Sturm auf den Kastelitberg. Wir antworteten mit Artilleriefeuer und einem Gegenangriff. Am 4. Februar abends traten die Russen den Rückzug an. Der Angriff kostete ihnen 978 Tote und 2500 Gefangene von drei Regimentern. Das 198. russische Regiment wurde völlig aufgerieben. Unsere Verluste sind gering, weil unsere Deckung ausgezeichnet war. Gestern erneuerten die Russen den Angriff, jedoch viel schwächer. Die Gesamtzahl ihrer Toten und Verwundeten wird von dem hiesigen Kommando auf 3000 geschätzt.

*

Wien, 11. Februar. (T. U.) Wie ein Bericht der „Reichspost" meldet, drücken die Russen mit starken Kräften auf die Duklafurche und führen unablässig neue Truppen an ihre vorzüglich befestigten Stellungen heran. Tiefer Schnee erschwert die Operationen auf beiden Seiten, so daß nur Lokalerfolge erzielt wurden. Die bisherigen Ergebnisse der von den Verbündeten gegen die russische Uebermacht geführten Kämpfe versprechen jedoch ein gutes Ende.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Angriff in den Argonnen brachte uns den Gewinn von Boden, dem Gegner wurden sechs Offiziere, 307 Mann, zwei Maschinengewehre und sechs kleinere Geschütze abgenommen.

Auch in den Mittel- und Südvogesen hatten wir einige kleine örtliche Erfolge.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe an der ostpreußischen Grenze wurden auch gestern mit durchweg erfreulichem Ausgang für uns fortgesetzt, trotzdem tiefer Schnee die Bewegungen der Truppen behinderte. Die Ergebnisse der Zusammenstöße mit dem Gegner lassen sich noch nicht klar übersehen.

Auf dem polnischen Kriegsschauplatz rechts der Weichsel brachte uns ein Vorstoß in der Gegend nordwestlich Sierpc, durch den der Gegner überall, wo er getroffen wurde, zurückgedrängt ist, einige hundert Gefangene ein.

Links der Weichsel sind keine besonderen Ereignisse vorgekommen.

Oberste Heeresleitung.

*

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 11. Februar 1915, mittags.

In Russisch-Polen und Westgalizien, abgesehen von Artilleriekämpfen, keine Ereignisse.

An der Karpathenfront wurden im Abschnitt westlich des Uszoker Passes russische Angriffe und einzelne partielle Vorstöße unter starken Verlusten des Feindes zurückgeschlagen.

Im Waldgebirge und in der Bukowina sind erneute Fortschritte zu verzeichnen. Mehrere hundert Gefangene sowie Maschinengewehre wurden eingebracht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der Seekrieg.

Amerikas Stellung zur deutschen Seesperre.

London, 11. Februar. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hat die Entwürfe der Noten an England und Deutschland, welche auf das Hissen der amerikanischen Flagge und die deutsche Haltung gegenüber neutralen Schiffen bezug haben, vor ihrer Absendung noch einer Prüfung unterzogen. Man glaubt, daß keine der beiden Noten so redigiert ist, daß sie eine Klage über Verletzung des Völkerrechts enthielte. Die Regierung betrachtet die Hissung der amerikanischen Flagge als herkömmliche Kriegslist, hält es aber für angezeigt, England darauf aufmerksam zu machen, daß der neutrale Handel leicht unter der andauernden Anwendung dieser Kriegslist leiden könnte. Die Regierung beabsichtigt, Deutschland um ausführlichere Informationen darüber zu bitten, welche Methode es zu verfolgen gedenkt, um den Charakter in der Kriegszone angetroffener Schiffe festzustellen. Die Regierung beabsichtigt ferner, zu bemerken, daß die Vereinigten Staaten bestimmt glauben, daß alles versucht werden wird, um die Identität der eine neutrale Flagge führenden Schiffe festzustellen, und daß die Sicherheit der Amerikaner durchaus gewährleistet sein wird. Die Noten werden wahrscheinlich nicht abgeschickt werden, bis ein amtlicher Bericht über den Fall der „Lusitania" und der amtliche Wortlaut der deutschen Erklärung vorliegen.

Vor neuen Entscheidungen.

Von Richard Gädke.

Auch wer sich grundsätzlich bestrebt, die Kriegslage möglichst nüchtern und objektiv zu betrachten, so wie sie aus den gegenüberstehenden Nachrichten hervorzugehen scheint, wird doch zu der Auffassung gelangen dürfen, daß sich der russischen Heeresleitung zurzeit eine auffallende Unsicherheit über die nächsten Ziele und Unternehmungen ihrer Gegner bemächtigt hat. In der einen Behauptung sind sie einig, daß die verbündeten Streitkräfte große Verstärkungen erhalten hätten, und auch darin, daß sie angeblich eine große Offensive von deren Seite erwarten. Aber über Richtung und Ziel dieser Angriffsbewegung tappen sie völlig im Dunkeln, soweit man sich auf die Auslassungen der russischen Blätter und der fremden Berichterstatter verlassen darf. Während die zurückhaltenden Berichte des deutschen Hauptquartiers uns nur dahin beruhigen, daß sich in Polen „nichts wesentliches" ereignet habe, und selbst die amtlichen russischen Nachrichten nur von vereinzelten Angriffen und Gegenangriffen erzählen, weiß die private Kunde uns von wahren „Titanenkämpfen" zu singen.

Wenn man dieses Gerede auf eine strategische Formel bringen möchte, so könnte man auf die Vermutung kommen, daß die russische Heeresleitung sich in einiger Sorge um das Schicksal ihrer weitgespannten Flügel befindet. Ein schmeichelhaftes Zeugnis für den Respekt vor der gewaltigen militärischen Kraft Deutschlands — wenn man die Aeußerungen für ganz aufrichtig halten dürfte.

Nun hat aber eine Berliner Zeitung zu all jenen Klagen eine sehr richtige Bemerkung gemacht. Einer ihrer Kriegsberichterstatter schreibt: „Es kann von einer selber der Zensur unterworfenen Stelle nicht erwartet werden, daß sie die Sache einwandfrei kläre". Man muß diese Behauptung freilich ein wenig einschränken; die russische Presse — soweit sie sich nicht in grundsätzlichem Gegensatz zu dem innerpolitischen System Rußlands befindet, besitzt immerhin eine verhältnismäßig große Freiheit der militärischen Beurteilung. So wenn der „Rjetsch" kürzlich schreiben durfte, die Stimmung der Truppen sei nicht mehr eine so gehobene wie im Beginn des Feldzuges, woraus man ja unschwer die militärische Sachlage erkennen kann.

Immerhin ist Vorsicht in der Beurteilung der angeführten Zeitungsmeldungen zweifelsohne geboten. Man soll sich in jedem Falle vor dem gefährlichen Glauben hüten, daß unsere Gegner das Spiel bereits halb verloren geben. Wollen sie aber den Sieg noch erringen, und glauben sie nicht etwa dies Ziel durch wirtschaftliche Schwächung Deutschlands erreichen zu können, dann müssen sie noch irgendwie und irgendwann und irgendwo zum Angriff schreiten, nicht nur zu einzelnen mehr oder weniger kräftigen Vorstößen, um örtlichen Gewinnes wegen, um einen Schützengraben, ein Dorf, einen Berg, einen Wald zu erobern! So wie die Lage augenblicklich ist und wenn sie diese Lage zu einer dauernden werden lassen, können sie aber vernünftigerweise niemals hoffen, uns militärisch zu bemeistern.

Nun muß man anerkennen, daß die Russen zu wiederholten Malen mit aller Energie versucht haben, dieses Ziel durch den Angriff großen Stils zu erreichen. Ob ihre Heeresleitung hierfür immer zweckmäßige Anordnungen getroffen hat, ob ihre Truppen den Anforderungen entsprochen haben, die an sie gestellt wurden, ist eine andere Frage. Sie muß hier ganz ausscheiden; an dem festen Willen aber der Heeresleitung kann meines Erachtens kein sachverständiger Beurteiler zweifeln. Es wäre wunderbar, wenn sie von dieser Absicht bereits endgültig zurückgekommen wäre.

In dieser Beziehung ist die Reise des Generals Pau über Schweden nach Rußland interessant — eine Konterbande, die wir leider über die Nordsee entkommen lassen mußten. Einen Mann von seiner Bedeutung schiebt man nicht einfach unter einem schicklichen Vorwande ab, wie etwa den gewesenen Finanzminister Caillaux. Er wird wohl dauernd im Hauptquartier des Großfürsten verbleiben, um dort die Gesichtspunkte des französisch-englischen Heeres zur Geltung zu bringen. Dessen Interessen aber scheinen die Erneuerung des russischen Angriffsgedankens mehr noch wünschenswert zu machen als die Rußlands für sich allein betrachtet.

Besonders dann, wenn Generalissimus Joffre mit Hilfe englischer Verstärkungen und unter Aufgebot aller eigenen Truppen, die er aus Afrika und aus dem Heimatlande noch heranführen kann, vielleicht selber daran denken sollte, sein Heer zu einem allgemeinen Sturm auf die deutschen Verschanzungen fortzureißen. Er ist sich offenbar darüber klar, daß die Ereignisse der letzten sechs Wochen weder sein eigenes Ansehen erhöht, noch die Lage Frankreichs verbessert haben. Noch mehr als sein eigener Wunsch könnte aber der maßgebende Wille seines englischen Verbündeten ihn beeinflussen. Daß die deutsche Stellung an der belgischen Küste den Eng-

ländern je länger je mehr wie ein Alp auf der Brust liegt, darüber scheint mir ein Zweifel nicht möglich. Sie werden sich sagen, daß sie ihre Insel selbst nicht besser schützen können, als wenn sie die deutschen Streitkräfte an der Küste schlagen. Es wäre wohl möglich, daß sie für diesen Zweck sogar von ihrem eigenen Heere alles opfern würden, was irgend kriegsbrauchbar ist oder von ihnen dafür gehalten wird. Wir wissen nicht, wie stark das englische Heer in Flandern und Frankreich bereits ist. Immerhin werden wir annehmen dürfen, daß in jedem Falle zwei englische auf voller Kriegsstärke gehaltene Armeen, d. h. etwa 350 000 bis höchstens 400 000 Mann auf dem Kriegsschauplatze stehen.

Das sind zunächst theoretische Erwägungen, die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit ihrer praktischen Ausführbarkeit wird sich erst in einiger Zeit beurteilen lassen. Eins spricht ja gegen sie: in Galizien und in der Bukowina hat sich die Lage der Russen in letzter Zeit verschlechtert. Sie wehren sich augenblicklich ihrer eigenen Haut meist schon auf der Nordseite des Gebirges, auf der sie gleichfalls Raum verloren haben. Sie müßten also jedenfalls erhebliche Verstärkungen heranführen, wenn sie hier einen entscheidenden Schlag ausführen wollen. Und an der Grenze Ostpreußens hat die größere Rührigkeit ihrer Armee in den letzten beiden Wochen gleichfalls zu keinen Erfolgen geführt. Man muß abwarten, ob ihre Kraftanstrengungen an dieser Stelle damit erschöpft sind.

Holland und der Handelskrieg.

Amsterdam, 11. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die holländischen Schiffsgesellschaften kennzeichnen ihre Schiffe zum Schutze gegen deutsche Angriffe durch die Anfangsbuchstaben ihres Schiffsnamens und des Heimathafens in Riesenlettern, sowie durch ein Band in den holländischen Nationalfarben rings um das Schiff. Die Holland-Amerikalinie, die am Sonnabend zwei Ueberseeschiffe absendet, bringt auch Riesenschilder auf dem Deck an, welche den Namen und Heimathafen des Schiffes tragen und abends beleuchtet werden.

Das Organ des Exministers Kuyper, der „Standaard", schreibt: Die Aufforderung der englischen Admiralität zur Hissung einer neutralen Flagge erschien erst unglaublich, aber die Order zur Hissung der amerikanischen Flagge geht noch weiter als die erstere. Dadurch soll scheinbar eine Alternative geschaffen werden: Entweder scheut sich Deutschland, der amerikanischen Flagge nahe zu treten, dann wäre die englische Flotte in Sicherheit, oder wenn Deutschland trotzdem angreift, würde Amerika für seine Flaggenehre einstehen und seine Neutralität aufgeben. Aber wir glauben nicht, daß es so ernst wird. Deutschland wird sich vor dem Niederbohren des betreffenden Schiffes erst der Flaggenechtheit vergewissern und dann kommt es noch darauf an, ob Amerika solchen Flaggenmißbrauch durch England duldet. Die englische Flaggenorder zeigt, wie es mit der Respektierung des Völkerrechts zur See vorbei sei. England behielt sich wohl vertragsweise solchen Mißbrauch vor, aber seine geplante Anwendung ist dennoch unerhört. — Das „Friessche Dagblad" schreibt: Da keiner der beiden seekriegführenden Staaten die Neutralität respektiere, so möge die holländische Regierung bei ihrer Verurteilung der beiden Länder stets den goldenen Mittelweg einhalten. — Der „Stichtsche Courant" empfiehlt kühles Abwarten Hollands. Die Konferenz des Marineministers mit den Direktoren der Schiffsgesellschaften habe ja auch dieses Resultat gezeitigt. Wenn einige Blätter auf einen Protest der holländischen Regierung dringen, so erwarten wir, daß die Regierung diese Ratschläge beiseite legt. Die Erhaltung des Friedens für Holland sei wahrscheinlich, wenn die Regierung den auf sie verübten Druck abweist, komme er nun von holländischer oder ausländischer Seite. Nicht jetzt, sondern am Anfang November, als England die Nordsee als Kriegsgebiet erklärte, wäre ein Protest angezeigt gewesen. Der Völkerrechtslehrer Struycken schreibt in der „Tijd": Gegen die von deutscher Seite angedrohte Vernichtung erbeuteter Schiffe könnte wenig eingewendet werden, da völkerrechtlich darüber nichts festgelegt sei. Die Londoner Konvention läßt selbst die Vernichtung neutraler Schiffe zu, sofern sie ein Kriegsschiff in Begleitung haben oder eine unternommene Kriegsvorrichtung gefährden. Das Ungewöhnliche an der deutschen Erklärung liege nur in der Drohung, daß man nicht erst die Mannschaft in Sicherheit bringen wolle. Aber man solle doch die Bedeutung der deutschen Erklärung nicht übertreiben und nicht Dinge hineinlesen, die gar nicht darin stehen. Man glaube nicht, daß nun eine Jagd mit Zeppelinen und Tauchbooten auf alle feindlichen und neutralen Schiffe anhebe. In der Regel wird man wohl für die Sicherung der Mannschaft und Passagiere sorgen. Auch so bleibe die Drohung ernst genug. Die Engländer werden Gegenmaßregeln treffen. Die neutralen Staaten kommen immer mehr zwischen zwei Feuer.

Die Konferenz der nordischen Mächte.

Stockholm, 11. Februar. (W. T. B.) Nach „Svenska Dagbladet" wird in nächster Zeit die Konferenz der Regierungen der drei nordischen Mächte über die neue Lage zur See in Stockholm stattfinden.

Verfolgung eines englischen Dampfers.

Ymuiden, 11. Februar. (W. T. B.) Der Kapitän des englischen Dampfers „Laertes", der heute früh von Java ankam, erzählte, daß er gestern zwischen dem Maasleuchtschiff und Schouwerbank von einem deutschen Tauchboot beschossen wurde. Projektile drangen durch den Schornstein, den Kompaß und die Schiffsboote in das Schiff ein. Das Tauchboot versuchte das Schiff zu torpedieren, aber „Laertes" entkam durch ein schnelles Manöver und durch die Entwickelung der größten Geschwindigkeit.

Amsterdam, 11. Februar. (W. T. B.) Die Blätter melden aus Ymuiden: Der Kapitän des englischen Dampfers „Laertes" berichtet weiter, daß das Unterseeboot, ehe es den Angriff eröffnete, ihn signalisiert habe, daß er anhalten solle. Der Kapitän habe dieses Signal nicht befolgt. Der Dampfer habe keine Flagge geführt. Beim ersten Signal des Unterseebootes habe er die holländische Flagge gehißt, wie er erklärte, zum Schutze zahlreicher auf dem Schiffe befindlicher Neutraler, nämlich Neger und Chinesen.

Der türkische Krieg.

Russische Beschießung von Trapezunt.

Konstantinopel, 11. Februar. (W. T. B.) Eine halbamtliche Mitteilung besagt, daß zwei russische Torpedoboote, die am 8. Februar in den Hafen von Trapezunt kamen, auf den amerikanischen Dampfer „Washington", der dort vor Anker lag, Feuer gaben und ihn am Vorder- und Hinterschiff beschädigten. Zwei später gekommene russische Kreuzer eröffneten ein heftiges Feuer aus schweren Geschützen auf den „Washington" und versenkten ihn in wenigen Augenblicken; die amerikanische Flagge weht noch über den Fluten, und gibt Zeugnis von diesem Akt der Barbarei. Nach dieser Heldentat richtete der Feind sein Feuer auf die Stadt, besonders auf das Hospital, wo er den Tod zweier Verwundeter und zweier anderer Kranker herbeiführte. Diese Handlungsweise der Russen, die auch die Flagge einer neutralen Großmacht beleidigt hat, verdient die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt.

Der Krieg und die Kolonien.

Gefecht bei Swakopmund.

London, 11. Februar. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Swakopmund vom 9. Februar: Eine vorgeschobene Abteilung der Unionstruppen stieß am 7. Februar auf einem Aufklärungsmarsch in der Richtung Noridas, etwa 24 Kilometer östlich von Swakopmund an der Bahn nach Windhuk, auf eine feindliche Abteilung, die gegen den Vorposten die Offensive ergriffen und bereits zwei Mann der Unionstruppen getötet hatte; der Feind wurde überrascht, zog sich zurück und hinterließ einen Gefangenen.

Die Japaner und die deutschen Gefangenen.

Petersburg, 11. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Rjetsch" veranstalteten die japanischen Behörden überall, wo sich deutsche Gefangene befinden, eine großartige Weihnachtsfeier. Besonders prachtvoll war der Tannenbaum für Kapitän Meyer-Waldeck. Der Baum war nur zu diesem Zweck von den Sendaibergen gebracht worden und mit unzähligen Lichtern geschmückt.

Die amerikanischen Schiffsankäufe.

Washington, 11. Februar. (W. T. B.) Der Senat hat sich nach einer ununterbrochenen Sitzung von 54 Stunden vertagt, ohne die Debatte über die Schiffsankaufsbill beendet zu haben.

Präsident Wilson erklärte, es sei seine Absicht, die Schiffsankaufsbill nicht fallen zu lassen, auch wenn er eine besondere Sitzung des Kongresses einberufen müßte.

Erfolg der englischen Bergarbeiter.

London, 11. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Streit mit den Bergarbeitern in Yorkshire ist durch die Konferenz in Leeds beigelegt worden. Die Arbeitgeber haben für die Dauer des Krieges alle Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Aus dem russischen Parlament.

Petersburg, 11. Februar. (W. T. B.) Der Präsident der Budgetkommission der Duma Alexejenko erklärte, der Krieg werde unermeßliche Ausgaben erfordern, aber wie groß die Höhe der Summen auch sei, sie würde dem Lande keine Furcht verursachen, das alle Opfer auf sich nehmen werde, um den endlichen Triumph zu sichern. Von den 528 Millionen Rubel Mindereinnahmen, die der Krieg verursacht habe, entfielen 400 auf das Verbot des Verkaufs von Spirituosen. Ich bin aber sicher, sagte Alexejenko, daß unser Land, das an natürlichen Hilfsquellen überreich ist, diese Lücke ausfüllen wird. Der Staatskontrolleur Kharitonoff erklärte, die Regierung habe am 1./14. Januar die Kriegskosten auf 8020 Millionen Rubel geschätzt. Die täglichen Kriegsausgaben Rußlands beliefen sich auf 14 Millionen. Dank der vom Finanzministerium getroffenen Maßnahmen sei die russische Industrie vom Kriege nicht zu stark mitgenommen worden. Die meisten Unternehmungen arbeiteten wie früher. Auch der Handel habe nur eine kurze Störung erlitten. Die Mobilisierung sei schnell von statten gegangen und das Reich habe eine größere Widerstandsfähigkeit gezeigt, als die Feinde erwartet hätten. Das Mitglied der Rechten Markow sagte, in dieser Stunde müsse der einzige Gedanke sein, das Schicksal der Familien der Krieger zu erleichtern, die sich opferten, um die verabscheuenswerten Teutonen zu zerschmettern. Er schlage vor, alle deutschen Kolonisten aus Rußland zu verjagen und aus ihren Gütern Hilfsfonds für die Familien der Helden zu bilden. Purischkewitsch sprach sich in ähnlicher Weise aus. Wenn die Regierung nicht deutsche Kolonisten an den Ufern der Weichsel geduldet hätte, hätten tausende russischer Soldaten gerettet werden können. Der Führer der Kadetten Schingareff erklärte, in dieser Stunde müsse jeder Russe dem Staat jedes erdenkliche Mittel liefern, damit er das große nationale Werk vollenden könne. Seine Partei werde, obwohl sie zur Opposition gehöre, für das Budget stimmen.

Petersburg, 11. Februar. (W. T. B.) Die Reichsduma und der Reichsrat haben das Budget angenommen.

Die Teuerung in Rußland.

Zürich, 11. Februar. (W. T. B.) Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Petersburg: Der Salzpreis in Petersburg ist um 70 Proz. gestiegen, auch die anderen Lebensmittel sind bedeutend teurer geworden. Der Kommandant von Kronstadt Manikowski setzte Höchstpreise fest, den Zuwiderhandelnden ist eine Strafe von 3000 Rubeln oder drei Monaten Arrest angedroht.

Der Austausch der Gefangenen.

Berlin, 11. Februar. (W. T. B.) Vom 12. Februar 1915 ab werden die kriegsgefangenen Franzosen, die für den Schwerverwundeten-Austausch in Frage kommen, für den späteren Abschub in Konstanz vereinigt.

Der Termin dieses Austausches steht leider noch nicht fest, da die französische Regierung immer noch keine zusagende Antwort erteilt hat.

Die für den Austausch in Frage kommenden Engländer werden bis 14. Februar in Lingen (an der holländischen Grenze) bezw. Lüttich vereinigt. Als Termin für den Austausch durch Vermittelung der Niederlande ist der englischen Regierung der 15. und 16. Februar vorgeschlagen.

Kundgebung italienischer und schweizerischer Sozialdemokraten.

Im großen Theatersaale des Volkshauses zu Mailand fand, wie die „Berner Tagwacht" berichtet, am letzten Sonntag eine imposante internationale Kundgebung statt. Eine Reihe von Städteverwaltungen aus allen Teilen Italiens und auch der Gemeinderat von Mailand hatten Sympathieschreiben geschickt. Die Versammlung war von der sozialdemokratischen Partei Mailands einberufen worden und hatte einen Riesenbesuch aufzuweisen.

Für die italienische Sozialdemokratie sprachen die Genossen Menotti Serrati, Abg. Modigliani, der Vertreter von Budrio, und der Genosse Agostino, für die serbische Sozialdemokratie der aus österreichischer Kriegsgefangenschaft entwichene Genosse Miro Saoliewitsch und für die schweizerische Sozialdemokratie die Genossen Nationalräte Raine und Grimm. Alle Reden, auf dem Gedanken der proletarischen Internationale aufgebaut, ernteten stürmischen Beifall. Die Versammlung sprach sich ferner einmütig für die strikte Aufrechterhaltung der italienischen Neutralität aus.

Ein Protest des französischen Gewerkschaftsverbandes.

Amsterdam, 11. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts").

Der Vorstand der Arbeiterkonföderation beschloß einen Protest gegen die Unterdrückung des sozialistischen Lehrergewerkorgans „Ecole Emancipée" und des „Golos".

In diesem Protest wird auch der Protest des nationalen Lehrerverbandes betreffend die Lehrerin Bertrand unterstützt. Die Tagespresse hätte sich über diese Affäre ausgeschwiegen. Ein weiterer Teil des Protestes ist von der Zensur gestrichen worden. Der Protest wegen der Unterdrückung des „Golos" sei um so bemerkenswerter, als die Parteiinstanzen die russische Angelegenheit verschleppen.

Ein Protest gegen Vliegen.

Amsterdam, 11. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Parteiabteilung 4 in Rotterdam verurteilt den Brief Vliegens über Dr. Weill aufs schärfste. Sie erwartet, daß die leitenden Parteifunktionäre auch in ihren persönlichen Aeußerungen Rücksichten auf ihre Stellung in der Partei nehmen.

Die englische Armee.

London, 11. Februar. (W. T. B.) Das Unterhaus hat einstimmig den Voranschlag für die Armee angenommen, durch welchen die Mittel für die Unterhaltung eines Heeres von drei Millionen Mann bewilligt werden.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, den 11. Februar 1915. (W. T. B.) Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses trat heute in die Beratung des Etats des Staatsministeriums ein. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch den Hinweis des Vorsitzenden, daß beschlossen sei, alle auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur dabei zu erörtern.

Anwesend waren von der Regierung der Vizepräsident des Staatsministeriums, die Minister der öffentlichen Arbeiten, des Handels, der Landwirtschaft, der Finanzen und des Innern.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums leitete seine umfassenden Ausführungen ein mit einer Darstellung der wirtschaftlichen Lage in früheren Kriegen, der Entwickelung in der vergangenen Friedenszeit und des gegenwärtigen wirtschaftlichen Kriegszustandes. Bei ausreichender Fleischproduktion sei jedoch die Landwirtschaft in steigendem Maße abhängig geworden von der Einfuhr ausländischer Futtermittel, während die Getreideproduktion hinter dem Konsum zurückgeblieben sei. Er stellte darauf im einzelnen dar, wie die Regierungsmaßnahmen fortlaufend darauf gerichtet gewesen seien, einerseits eine allzu große Teuerung der Lebensmittel im Interesse der Konsumenten zu verhindern, andererseits die Nahrungsmittelversorgung der Nation zu sichern. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich in der kurzen Zeit der Umschaltung von Handel und Industrie aus dem Friedens- in den Kriegszustand entgegengestellt hätten. Ausfuhrverbote hätten zunächst die vorhandenen Vorräte festgehalten, die Einfuhr sei nach Möglichkeit gefördert worden. Der Arbeitsmarkt habe sich unter Mithilfe der Zentralstelle im Reichsamt des Innern schnell gebessert, es herrsche heute eher Arbeitermangel als Arbeitslosigkeit. Die Volksernährungsfragen erörterte der Vizepräsident des Staatsministeriums im einzelnen und betonte zum Schluß, daß die Maßnahmen der Regierungen, auf Bundesratsbeschlüssen beruhend, zwar Reichsangelegenheiten seien, daß aber den einzelnen Beschlüssen preußische Anträge zugrunde lägen.

Nach Beendigung der Darlegungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums erstattete der Abg. Hoesch den Bericht über den wirtschaftlichen Teil der Fragen. Er hob hervor, die Bemühungen zur Sicherstellung der Viehhaltung und der bevorstehenden Feldbestellung dürften nicht erlahmen. Zu einem Abschluß seien sie naturgemäß noch nicht gekommen. Hierfür wären bei der Unmöglichkeit einer voll genügenden wirtschaftlichen Vorbereitung vor dem Kriegsausbruch die Ansprüche allzu groß, welche plötzlich die Volkswirtschaft an die leitenden Organe stellte.

Vor allem sei eine sorgsame durchgreifende Organisation des Konsums gleichzeitig mit der Festsetzung von Höchstpreisen für Brotgetreide vorzunehmen gewesen. Dieser Mangel sei ja nun erfreulicherweise durch die Verordnungen des Bundesrats vom 25. Januar wenigstens zum Teil behoben. Immerhin aber stehe der heutige Brotpreis in keinem rechten Verhältnis zu den Preisen der Körnerfrüchte. Auf die erfreuliche Uebereinstimmung in der Einschätzung einer blühenden und leistungsfähigen Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Wehrkraft sei hinzuweisen. Eine Mäßigung im Verbrauch des Brotes müsse mit größter Gewissenhaftigkeit weiter geübt werden. Auch solle man nicht unsere Kartoffelvorräte als unbegrenzt ansehen, schon aus dem Grunde, weil sie ebenso wie in zurückliegender Zeit das Brotgetreide zur Verfütterung an unsere auf knappe Kost angewiesenen Viehbestände herangezogen würden. Die Futternot sei wohl heute die ernsteste Sorge. Ein stärkeres Abschlachten von Schweinen sei unvermeidbar, wenn auch ein Verkommenlassen der so geschaffenen Fleischvorräte ausgeschlossen sein muß.

Erfreulich sei die vom Herrn Kriegsminister nun in Aussicht gestellte Ersparnis an Futter und Brot bei der Armee, welcher wir natürlich nichts entziehen dürften, was ihre Schlagkraft heben könne. Dies enthebe der Pflicht, auf einzelne Fälle überreicher Zuwendungen einzugehen. Neben der Futterfrage erfordere die Düngung unserer Aecker einen Ersatz für die sonst vom Ausland bezogenen Stickstoffdüngemittel und Phosphate; denn eine reiche Ernte sei not, um unsere erklärlicherweise stark geräumten Vorräte wieder voll ergänzen zu können. Die glänzende Finanzwirtschaft und die erstaunlichen Leistungen der Eisenbahnverwaltung auch in der Förderung unseres Wirtschaftslebens seien von größtem Segen gewesen.

Der Landwirtschaftsminister rechtfertigte in längeren Ausführungen die von der Regierung getroffenen Maßregeln. Er wies darauf hin, daß das statistische Material, auf das die Regierung angewiesen war, als sie mit ihren Maßnahmen vorging, in mancher Beziehung ein anders Bild gegeben habe als das, das sich nach Erdrusch herausgestellt habe. Aus diesem Grunde habe sich in einigen Punkten die Notwendigkeit einer Aenderung dieser Maßnahmen ergeben. Insbesondere treffe das auf die vorhandenen Hafervorräte zu. Das gegenwärtige geringe Quantum, das für das einzelne Pferd zur Verfügung stehe, könne jedoch möglicherweise späterhin erhöht werden, wenn, wie er erhoffe, sich der Bestand an Hafer günstiger herausstellt, als es im Augenblick den Anschein habe. In den okkupierten Gebieten seien greifbare Vorräte auf-

gekauft und es seien Sammelstellen in Frankfurt a. M., Mannheim und Hagen i. W. eingerichtet worden.

Die Kartoffel sei in erster Linie das leidtragende Vorratsmittel, da sie einmal herhalten müsse zur Streckung der Brotgetreidevorräte, zweitens zur Ergänzung der fehlenden Futtermittel. Eine Verminderung des Viehbestandes, insbesondere an Schweinen, sei nötig; es dürfe jedoch im Abschlachten der Schweine nicht zu radikal vorgegangen werden. Alles schlachtreife und auch das annähernd schlachtreife Vieh könne fallen, es dürfe aber nicht an Stamm und Grund der Viehhaltung gerührt werden. Es sei zu bedenken, daß das Frühjahr vor der Tür stehe und bald Grünfutter verfügbar werde. Er habe im Interesse der Viehhaltung die Staatswaldungen geöffnet. In bezug auf die Futtermittelfrage sei ein Bundesratsbeschluß ergangen, nach dem Melasse, Rohzucker und Zuckerrückstände beschlagnahmt werden sollen und unter Zugrundelegung des Viehbestandes durch die Bezugsvereine deutscher Landwirte zur Verteilung gelangen würden. Die Frage der Düngemittel sei besonders schwer durch den Ausfall an Chilisalpeter. Es seien aber zur Ergänzung des Stickstoffdüngers Maßnahmen getroffen. Ueber diese berichtete der Landwirtschaftsminister im einzelnen.

Aus der Kommission regte ein Redner zunächst an, daß man künftig daran denken müsse, neben der finanziellen Vorbereitung durch den Juliusturm auch einen ähnlichen Juliusturm in einer Reserve an Getreide zu schaffen. Er sprach den Wunsch aus, daß von der Regierung bei Ausführung ihrer Verordnungen jedes Entgegenkommen gezeigt werden möge, das die Landwirtschaft bei Durchführung der Frühjahrsaussaat unterstütze. Die Frühjahrsbestellung sei für die gesamte Bevölkerung und für die Heeresverwaltung von größter Wichtigkeit.

Ein anderes Kommissionsmitglied wies darauf hin, daß die Höchstpreise so geregelt seien, daß alles, was die Landwirtschaft zu kaufen habe, Höchstpreisen nicht unterliege, während umgekehrt alles, was die Landwirtschaft produziere, mit Höchstpreisen belegt sei. Er hob besonders hervor, daß es ein Mangel sei, daß ein Höchstpreis für Mehl und Futtermittel nicht festgesetzt ist. Weiter hob der Redner hervor, daß bei der starken Inanspruchnahme der Kartoffel für Verfütterung und menschliche Ernährung es nötig sei, mit der Kartoffel sparsam umzugehen, namentlich müsse die Verfütterung von Kartoffeln eingeschränkt werden zugunsten der menschlichen Ernährung. Redner verlangte ferner, daß der Höchstpreis für Hafer auf 35 M. erhöht werden müsse, damit der Landwirt in der Lage sei, aus dem Erlös sich Futtermittel zu beschaffen.

Der Handelsminister erwiderte, daß eine Erhöhung des Höchstpreises für Hafer in Aussicht genommen sei, und daß Verhandlungen darüber schwebten, die bald zum Abschluß kommen würden.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr vormittags, mit derselben Tagesordnung.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Kriegskredite.

Das Sozialdemokratische Pressebureau teilt uns mit:

„In bürgerlichen Blättern, so u. a. in der „Kreuz-Ztg." vom 9. Februar 1915, Morgenausgabe, wird unter Berufung auf eine Broschüre von Julian Borchardt behauptet, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten am 4. August 1914 die Kriegskredite aus Zweckmäßigkeitsgründen bewilligt hätten, und zwar soll ausschlaggebend gewesen sein, daß im Ablehnungsfalle die Auflösung der Wahlvereine und Gewerkschaften, das Verbot der Parteizeitungen und die Verhängung des Standrechts gegen Führer und Abgeordnete zu erwarten gewesen sei. Zur Begründung dieser Behauptung wird angeführt, daß in einer Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure, die am 28. September 1914 stattgefunden habe, Genosse Otto Braun auf das in den geschäftlichen Unternehmungen der Partei steckende Kapital von 20 Millionen Mark und die in diesen beschäftigten 11 000 Angestellten hingewiesen habe.

Zu diesen Mitteilungen bemerken wir das Folgende: In jener Konferenz sozialdemokratischer Redakteure, die acht Wochen nach dem 4. August stattfand, hat Genosse Braun auf einen Wunsch aus der Mitte der Konferenz das Ergebnis einer nach dem 4. August aufgenommenen Enquete über den Stand der Parteiunternehmungen vorgetragen, das den Mitgliedern des Parteiausschusses kurz vorher mitgeteilt worden war. Die Sicherung der Parteiunternehmungen und der Schutz der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegen Auflösung sind für die Abstimmung der Reichstagsfraktion in keiner Weise in Betracht gekommen; auf das in den Parteiunternehmungen steckende Kapital ist in den ausführlichen Debatten in der Fraktion nicht einmal hingewiesen worden. Die Behauptung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Kriegskredite gestimmt hätte, ist in jeder Beziehung erfunden. Für die Abstimmung der Reichstagsfraktion sind lediglich die Gründe maßgebend gewesen, die in der Erklärung der Fraktion vom 4. August angeführt worden sind."

Versöhnlichkeit und Imperialismus.

Die „Post" übt in einem Artikel sehr scharfe Kritik an einer Sammlung von Aufsätzen, die im Verlag Borngräber-Berlin unter dem Titel „Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus" erschienen ist. Nur ein einziger Passus aus dieser Sammlung findet Gnade vor der „Post"; er lautet:

„Die Geschichte kennt kein anderes Gesetz als die Macht, die im einzelnen Volke lebt; die physische sowohl wie die moralische. Diese beiden Kräfte bleiben die ewigen Regenten aller Menschenschicksale in ihrer zusammengefaßten Einheit von Staaten. So auch in diesem Kriege. Der imperialistische Geist unserer Zeit verlangt, daß ganze Arbeit getan wird, damit nicht Kinder und Enkel büßen müssen, was im günstigen Augenblick versäumt worden ist. Darum gilt es durchzuhalten bis zum siegreichen Ende."

Alles übrige betrachtet die „Post" mit kritischen Augen. Insbesondere mißfällt ihr, was in einzelnen Aufsätzen über eine zuverlässige Gewähr für die Zukunft nach dem Kriege gesagt wird. Sie schreibt dazu:

„Dann aber kommt ein bekannter Leipziger Professor und belehrt, wer von den Deutschen in den letzten zwei Jahrtausenden „wirklich durchschlagend und universell und weltgeschichtlich eingreifend gewirkt" habe. Seine Antwort lautet: nur Geisteshelden. Nicht aber alle die Helden, „die wir sonst haben". Die, so lehrt der Professor, „haben ein großes Prinzip geliefert, das Prinzip des sogenannten Militarismus: Es hat unendlich genützt, aber ein Weltprinzip ist es nicht geworden". Was empfiehlt nun der besagte Professor zur Vernichtung Rußlands und Englands? Antwort: rein sachliche Kenntnis der Welt, „bloße Liebe zur Menschheit und zu den menschlichen Dingen".

Seltsam: was damit erreicht wird, sieht nach dem Professor so aus: „Als der Krieg kam, da hat sich jeder, der schreiben konnte, hingesetzt mit der größten Gänsefeder, die er erwischen konnte, und hat allen seinen Freunden im Auslande geschrieben: Ihr glaubt gar nicht, was wir für nette Kerle sind. Womöglich hat er auch noch geschrieben, wir müssen uns ja in mancher Beziehung vor euch entschuldigen. Der Effekt ist stupend gewesen. Ich kann davon am allerbesten reden, denn die Professoren haben in der ganzen Konkurrenz bei weitem den Vogel abgeschossen. Der Erfolg war, wie gesagt, grausig."

Dazu bemerkt die „Post" nun weiter:

„Das stimmt ganz auffällig. Aber was hieraus folgt, das zu sagen, müßte der Hauptzweck einer Schrift wie der vorliegenden sein, nämlich darzulegen, um die angeführten guten Eingangsworte wieder aufzunehmen, „daß die Geschichte kein anderes Gesetz kennt als die Macht". Statt dessen klingt die Schrift in den Worten aus: „Wir streiten im Geiste, wie unser Leben mehr Geistiges hat, als Realpolitiker noch ahnen. Eigentlich hassen können wir nicht, und wenn der Feind mit Wunden bedeckt am Boden liegt oder krank an Seele und gebrochen im Mut die Hände hebt, schreitet die Versöhnung über das Feld!

Also nicht Vernichtung, wie als erstes Wort auf dem Titel steht, sondern — Versöhnung!"

Die „Post" erkennt damit ganz richtig den Widerspruch zwischen dem „imperialistischen Geist" und dem Geist der Versöhnung. Es ist nur die Frage, ob die Anschauungen des Leipziger Professors oder die der „Post" dem deutschen Volke mehr zusagen.

Auch ein „Bericht".

Ueber die Erklärung unserer Genossen im preußischen Landtag bringt das „Hamburger Fremdenblatt" folgenden „Bericht":

„Muß man da noch erwähnen, daß eine unbedeutende Clique von Hysterikern dem Götzen der Konsequenz meinte opfern zu müssen auch bei dieser ganz verfehlten Gelegenheit? Die kleine sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, deren sich ja im Reich die Mehrzahl aller Sozialdemokraten längst zu schämen gewöhnt hat, konnte nicht verzichten auf eine „Erklärung": Aber schließlich kann einen das nicht wundernehmen bei Leuten, bei denen das Bewußtsein der Existenzberechtigung sich schon längst nur noch am Dasein erhalten hat kraft innerer Aufblähung durch Wortschwall und exaltierte Manieren. Also schön, sie durften ihre Erklärung abgeben und ihre Beschwerden anmelden und dadurch sich selber wenigstens soweit massieren, daß sie wieder einmal die schöne Illusion fühlten, da zu sein. Und vor allem durften sie die auch in einem Weltkriege für sie zum Wohlbefinden unentbehrliche Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen über die Schwelle des Bewußtseins heben. In der Budgetkommission, in der man ihnen einen außerordentlichen Sitz eingeräumt hat, werden sie vermutlich jedes K-Brot für ein gefundenes Fressen erachten, um von da aus leicht und zwanglos immer wieder auf dieses Thema zu kommen. Denn es gäbe nichts auf der Welt, was diesen drei, vier Leuten als Anlaß dazu nicht geeignet wäre.

Aber das arme Häuflein der also Blamierten kam sich diesmal doch wohl selber schon sehr kläglich vor. Man hatte den Eindruck, als ob mit Ausnahme des leider immer noch nicht französischen Abgeordneten Liebknecht die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten sich in ihrer Haut sehr wenig wohl fühlten, als sie an der einmütigen Haltung des ganzen übrigen Hauses zu erkennen begannen, zu was für einer furchtbaren Dummheit sie sich durch die Ueber-Unentwegten in ihrer Mitte hatten verleiten lassen. Maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen könnte man eine politisch so törichte Erklärung überhaupt nicht zutrauen. Liebknecht aber wird es selbst durch noch so große Taktlosigkeiten nicht mehr erreichen, daß ihn auch nur ein Mensch ernst nimmt. Das ist gerade sein Schmerz."

Das sind so altbekannte Töne, die man heute ebensowenig ernst und tragisch nimmt wie in Friedenszeiten.

Begnadigung von Kriegsteilnehmern.

Mit Ausbruch des Krieges ist eine große Menge von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer niedergeschlagen worden. Das war aber nur in den Fällen möglich, in denen das gerichtliche Verfahren noch nicht eingeleitet war. Um nun diese Wohltat aber auch jenen Kriegsteilnehmern zukommen zu lassen, gegen die das gerichtliche Verfahren bereits im Gange war, ist dem preußischen Landtag ein Gesetzentwurf zugegangen, der bestimmt:

„Untersuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor der Einberufung zu den Fahnen begangen worden sind, können im Wege der Gnade auch dann niedergeschlagen werden, wenn sie bereits gerichtlich eingeleitet sind. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

Verwendung und Beschlagnahme von Getreide.

Amtlich wird mitgeteilt:

Es scheint noch nicht überall bekannt zu sein, daß nach der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 die Verwendung von Getreide zur Herstellung von Branntwein, Kornkaffee und dergl. nicht mehr zulässig ist. Nach § 1 der Bekanntmachung sind mit Beginn des 1. Februar 1915 die im Reiche vorhandenen Vorräte von Weizen (Dinkel und Spelz) und Roggen allein oder mit anderer Frucht gemischt, auch ungedroschen für die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. beschlagnahmt. Nach § 3 dürfen an den beschlagnahmten Gegenständen Veränderungen nicht vorgenommen werden, es sei denn, daß die Kriegsgetreidegesellschaft oder der zuständige Kommunalverband ausdrücklich zustimmen. Eine Ausnahme gilt nur für Mühlen, die nach § 4 Abs. 4d das Getreide ausmahlen dürfen. Jede Verarbeitung von Getreide, die nicht die Herstellung von Mehl für den menschlichen Verbrauch bezweckt, wie Dämpfen, Mälzen, Rösten usw., ist also verboten und wird nach § 7 mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft.

*

Zur Erhebung über die Getreide- und Mehlvorräte. Mit dem 5. Februar ist die Frist abgelaufen, in welcher die Anzeige über die am 1. Februar vorhandenen Vorräte an Weizen, Roggen, Hafer, Weizen-, Roggen-, Hafer- und Gerstenmehl zu erstatten war. Vorräte, welche an dem genannten Tage unterwegs waren und erst nach dem 5. Februar in den Besitz des Empfängers kommen, müssen unverzüglich nach dem Empfang angezeigt werden. Auch die Versäumung dieser nachträglichen Anzeige zieht die gesetzlichen Strafen nach sich, also Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M., außerdem geht der Eigentümer bei der Enteignung des Preises der enteigneten Waren verlustig. Die Empfänger von Sendungen der obengenannten Vorräte, die längere Zeit auf dem Transport waren, müssen sich also darüber vergewissern, ob der Transport vor dem 1. Februar begonnen hat und gegebenenfalls noch jetzt die Anzeige erstatten.

Verheimlichung von Getreidevorräten.

Wiederholt werden Fälle bekannt, wonach Landwirte bei der Angabe ihrer Getreidevorräte den Behörden unrichtige Angaben gemacht haben. Ein besonders krasses Vorkommnis dieser Art wird jetzt aus der Gemeinde Plastau durch folgende Veröffentlichung des dortigen kommissarischen Landrats bekannt:

„Bei einer durch den dortigen Gendarmeriewachtmeister in der Gemeinde Plastau vorgenommenen Revision der Roggenbestände ist festgestellt worden, daß statt 89 Zentner gedroschenen und 389 Zentner ungedroschenen Roggens, wie er bei der von mir angeordneten Bestandsaufnahme von Mitte Januar angezeigt war, 356 Zentner gedroschener und etwa 1100 Zentner ungedroschener Roggen tatsächlich vorhanden war. Ich bringe diese Tatsache hiermit zur öffentlichen Kenntnis und überlasse die Beurteilung eines solchen Verhaltens in der augenblicklichen Zeit den Kreiseingesessenen. Gleichzeitig möge es allen übrigen Kreiseingesessenen zur Warnung dienen."

Bekanntlich bestehen außerdem sehr scharfe Strafbestimmungen wegen Verheimlichung von Getreidevorräten.

Regelung des Vertriebes von Zucker.

Amtlich. **Berlin**, 11. Februar. (W. T. B.) Der Bundesrat hat heute eine Verordnung über den Verkehr mit Zucker und eine Verordnung über zuckerhaltige Futtermittel verabschiedet. Nach der ersteren darf über Rohzucker aus dem laufenden und aus früheren Betriebsjahren, der sich unter Steuerkontrolle befindet, nur nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers verfügt werden. Der Bedarf der Raffinerien wird sichergestellt; der Reichskanzler bestimmt, wieviel Zucker die einzelne Raffinerie zu liefern hat. Diese Befugnis wird voraussichtlich einer unter Aufsicht des Reichskanzlers verbleibenden Verteilungsstelle übertragen werden, in der die Rohzuckerfabriken und die Raffinerien vertreten sind. Die laufenden Verträge über Lieferung von Rohzucker an die Raffinerien müssen weiter erfüllt werden. Die Preise bleiben dieselben, wie sie in der Verordnung vom 31. Oktober 1914 festgelegt sind.

Durch § 1 der Verordnung über zuckerhaltige Futtermittel wird der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zu Berlin W. 35, Kalchad 16, das Vertriebsmonopol für zuckerhaltige Futtermittel vom 15. März 1915 ab gegeben, und zwar auch insoweit als über die Futtermittel Lieferungsverträge abgeschlossen und nach dem 14. März 1915 zu erfüllen sind. Die Bezugsvereinigung gibt die Futtermittel nur an Kommunalverbände oder an besondere vom Reichskanzler zu bestimmende Stellen ab. Der Schlüssel für die Verteilung wird von dem Reichskanzler bestimmt. Es ist in Aussicht genommen, zu diesem Zweck Sachverständige aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes zu hören.

Melasse und Zuckernachprodukte sind nach Maßgabe des § 3 auf Verlangen der Bezugsvereinigung zu liefern. Auch die Rohzuckerfabriken müssen nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers einen Anteil ihres Erstproduktes an die Bezugsvereinigung abgeben. Ebenso müssen diejenigen Personen, welche zuckerhaltige Futtermittel im Betriebe ihres Gewerbes herstellen oder mit solchen handeln, sie der Bezugsvereinigung auf Verlangen überlassen. Der von der Bezugsvereinigung zu zahlende Uebernahmepreis darf für das Kilogrammprozent Zucker im Rohzucker und in den Nachprodukten 22,2 Pf., in der Melasse 16 Pf. ab Verladestelle der Fabrik oder ab Lager frei Wagen ohne Verpackung nicht übersteigen. Im vergällten Zucker erhöht sich der Preis für das Kilogrammprozent Zucker um einen Pfennig, in Melasse-Mischfutter um 12 Pf. bei Mischung mit Strohhäcksel und um 5 Pf. bei Mischung mit Torfmull. Beim Verkaufe der Futtermittel an die Verbraucher ist nur ein Preisaufschlag bis zu 7 vom Hundert zulässig. Abgesehen von einer Vermittlungsvergütung von 2 vom Tausend wird der von der Bezugsvereinigung erzielte Reingewinn im Interesse der Futterverbraucher verwendet.

Zu hohe Schweinepreise.

Die Bundesratsverordnung vom 25. Januar dieses Jahres, durch welche den Städten von über 5000 Einwohnern auferlegt wurde, sich einen der Bevölkerungszahl entsprechenden Vorrat an Fleischdauerware anzulegen, hat durch das gleichzeitige Einkaufen so vieler Stellen auf den Schweinemärkten zu einer durch die Marktlage nicht gerechtfertigten Steigerung der Schweinepreise geführt. Aus diesem Grunde hat die Zentraleinkaufsgesellschaft im Einverständnis mit dem Deutschen Städtetag den Versuch gemacht, eine Zentrale für den Einkauf der von den Städten für die Anfertigung von Dauerware benötigten Schweine ins Leben zu rufen. Eine aus Vertretern der Landwirtschaft, der Städte und der Zentraleinkaufsgesellschaft zusammengesetzte Preiskommission soll die Preise festsetzen, zu welchen die Zentrale den Bedarf der Städte einkaufen wird. Die Kommission beginnt ihre Tätigkeit Anfang der nächsten Woche.

Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen und sonstige Interessenten werden guttun, mit ihren Einkäufen solange zurückzuhalten, bis die Einkaufszentrale ihre Tätigkeit begonnen hat, andernfalls ist eine weitere Steigerung der bereits übermäßig hohen Schweinepreise unvermeidlich.

Abg. Dove in der polnischen Verwaltung.

Der Vizepräsident des Reichstages, Abg. Dr. Dove, Syndikus der Berliner Handelskammer, ist in die Verwaltung der besetzten Gebiete Russisch-Polens berufen worden.

Der Senatspräsident am Kammergericht, Geh. Oberjustizrat Lindenberg, der ältere Bruder des Oberlandesgerichtspräsidenten, ist gestern im 68. Lebensjahre gestorben.

Der neue Jesuitengeneral.

Rom, 11. Februar. (W. T. B.) Der Pater Wladimir Ledochowski, ein Pole, ist zum Jesuitengeneral gewählt worden.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser an der Ostfront.

Amtlich. **Berlin**, 11. Februar. (W. T. B.) Seine Majestät der Kaiser hat sich wiederum auf den östlichen Kriegsschauplatz begeben.

Ein Flieger über Vlissingen.

Amsterdam, 11. Februar. (W. T. B.) (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der „Telegraaf" meint abschwächend, daß der Flieger, der über dem Vlissinger Hafen gekreuzt habe, vermutlich ein verirrter englischer war, der eine Bombe verloren habe. Dem steht aber gegenüber, daß zwei Bomben fielen, deren eine die Deichböschung beschädigte. Auch überflog das Flugzeug die Stadt. „Het Volk" meldet, daß eine Bombe in die Nähe eines Petroleumlagers gefallen sei.

Türkisch-russische Grenzkämpfe.

Konstantinopel, 11. Februar. (W. T. B.) Ein halbamtliches Telegramm aus Isehan an der türkisch-russischen Grenze meldet, daß die Russen vorgestern und gestern mehrere Angriffe auf Egriklissa und Lespik unternahmen. Die Angriffe wurden unter großen Verlusten des Feindes durch die kraftvolle Offensive der türkischen Truppen zurückgewiesen. Die Russen zogen sich in Unordnung zurück und ließen eine große Menge Kriegsmaterial zurück,

Gerichtszeitung.

Arbeiterfledderer.

„Ausländer, die in der jetzigen Zeit in so gemeingefährlicher Weise harmlose Leute ausplündern, müssen mit der ganzen Strenge des Gesetzes behandelt werden," so begründete gestern der Staatsanwalt seinen Strafantrag in einer Verhandlung, welche die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber beschäftigte.

Wegen Betrugs in mehreren Fällen, intellektueller Urkundenfälschung und Beilegung eines falschen Namens waren der Schneider Johann **Korczak** und die Witwe Johanna **Matoja** angeklagt. Der Angeklagte Korczak ist **russischer** Staatsangehöriger, während die Mitangeklagte aus Oesterreichisch-Galizien stammt. Wie die Verhandlung ergab, gehört Korczak zu jenen Gaunern, die sich bis vor kurzer Zeit in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs herumdrückten, um dort ihre polnischen „Landsleute" auszuplündern. Unter Mitwirkung der Matoja hatte sich K. am 6. Dezember v. J. an eine Gruppe polnischer Arbeiter herangemacht und ihnen unter der Angabe, er sei Landsmann und wolle ebenfalls in Hamburg Arbeit suchen, je 10 M. abgeknöpft, um angeblich die Fahrkarten zu holen, tatsächlich aber, um mit den erhaltenen 40 M. zu verschwinden. Außerdem hatte K. in einem Arbeiterquartier in der Madaistraße einem polnischen Arbeiter mit dem bekannten Gaunerspiel 60 M. abgeknöpft. Die Matoja, die währenddem auf eigene Faust auf Raub ausgegangen war, hatte das „Russische Hilfskomitee", Steglitzer Straße 12, unter der Angabe, sie sei Russin um 136 M. beschwindelt. Beide Angeklagte hatten sich außerdem bei ihrer Verhaftung falsche Namen beigelegt. Staatsanw.-Rat **Heintzmann** beantragte mit obiger Begründung gegen Korczak 3 Jahre und gegen die Matoja 2¾ Jahre Gefängnis. Das **Urteil** lautete gegen **Korczak** auf **3 Jahre** und gegen die **Matoja** auf **2 Jahre Gefängnis** sowie je 4 Wochen Haft, die als verbüßt angesehen wurden.

Die Strafe ist hoch, aber gerecht, weil es sich um die von uns schon oft scharf verurteilte gemeine Ausbeutung der Vertrauensseligkeit armer Arbeiter handelt.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Für die jugendlichen Mitglieder von 18—21 Jahren findet am Sonntag, den 14. Februar, eine Fußpartie nach Karlshorst, Müggelberge und Grünau statt. Treffpunkt morgens 8 Uhr Schlesischer Bahnhof, Breslauer Straße. Aeltere Parteimitglieder und Gäste willkommen. Für Nachzügler 11 Uhr mittags am Bahnhof Friedrichshagen.

Dienstag, 16. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause: Vortrag des Genossen Pieck über: „Deutsche Geschichte im 18. und 19. Jahrhundert."

Schöneiche und Umgegend. N.-B. Der Zahlabend für alle Bezirke findet Sonnabend, den 13. d. M., abends 8½ Uhr, in Fichtenau, Gesellschaftshaus, Hauptstr. 25, statt. Die Genossen aus Hahnsdorf und Wilhelmshagen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (B. a. G.) Hamburg. Filiale Berlin 7. Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Bleschke, Gasewalker Str. 3. — Filiale Baumschulenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 13. Februar, abends von 8½ bis 10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Elsenstraße 101 (Ecke Kiefholzstraße) kassiert wird.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, den 14. Februar, von 3 bis 6 Uhr: Zahl- und Aufnahmetag im Restaurant Gerichtsin 12/13.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 21. Dezember fiel in Rußland der Schlosser

Max Rusch

Florastr. 20. Gruppe 6.

Am 29. Oktober ist seinen Wunden erlegen der Bauarbeiter

Gustav Dams

Mühlenstr. 76. Gruppe 4.

Im Januar fiel in Frankreich der Möbelpolierer

Max Bartel

Prenzlauer Promenade 177. Gruppe 13.

In Brüssel verstarb im Lazarett der Bauarbeiter

Karl Rückert

Brehmestr. 19. Gruppe 8.

260/17 **Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim. Bez Pankow.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 1. Februar verstarb unser Parteigenosse

Otto Baer

Bürknerstr. 23, 1. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3½ Uhr, vom neuen Jakobi-Kirchhof in der Hermannstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

246/14 **Der Vorstand.**

Nach jahrelangem schwerem Leiden verschied am 8. Februar 1915, 9½ Uhr vormittags, meine innigstgeliebte Frau

Marianne Michalak

geb. Zühlke

im 38. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bittend, zeigt dies in tiefster Betrübnis an

Michael Michalak

nebst Mutter, Geschwistern und Verwandten.

Berlin, Oderberger Str. 47.

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3½ Uhr, vom Kirchhof in Weißensee, Wörthstraße 17, aus statt. 1078b

---

Nach kurzem Krankenlager starb am 9. Februar unser lieber Kollege, der Korrektor und Revisor

Adolph Müllner

im 77. Lebensjahre.

Sein Andenken wird eine dauernde Stätte finden bei den

Kollegen der Hofbuchdruckerei Julius Sittenfeld.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem alten Jakobi-Kirchhof am Rollkrug, Berliner Straße. 1074b

---

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Mechanikers

Kurt Kunze

sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen und Kolleginnen von Mix u. Genest (Armee- und Marine-Abt.), dem Steglitzer Wahlverein sowie den Sängern meinen innigsten Dank. 1424

Witwe Emma Kunze

und Kinder.

Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Richard Noack

im 20. Lebensjahre nach langem Leiden sanft entschlafen ist.

1077b **Familie Noack.**

Hagenauer Str. 12.

Beerdigung Sonnabend nachmittag 3 Uhr von der Halle des Elias-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine geliebte, unvergeßliche Frau, unsere liebe Mutter, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Rummel

geb. **Könnicke**

im 41. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Karl Rummel, Neukölln,

Steinmetzstraße 49.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße 99, aus statt.

Hamburger

Rohtabak-Importhaus Hengsoß & Maak

Filiale: Berlin N. 25 Brunnenstraße 25.

Carmen-Schnitt

Carmen-Einlage u. Umblatt 1,10. Schnitt, rein überseeisch 1,—.

Henkel's Bleich-Soda für den Hausputz

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.

Sonntag, den 14. Februar 1915, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4:

Branchen-Versammlung

der

Metalldrücker u. Polierer

Tagesordnung:

1. **Jahresbericht der Kommission.** 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 14. Februar 1915, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Haberland, Linienstraße 73:

Branchen-Versammlung der Kesselschmiede.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen **A. Schlinsky.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Kollegen erwarte

132/5 **Die Ortsverwaltung.**

Unerreicht in seinen Vorzügen ist

Minlos'sches Waschpulver

wie ein Mann hängen Millionen dran.

eingetragene Schutzmarke

Theater für Freitag, 12. Februar.

Berliner Theater 8 Uhr: **„Extrablätter!"**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 8 Uhr: Erstaufführung: **Die verkaufte Braut**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. 8 Uhr: **Gasparone.**

Gebr. Herrnfeld-Theater 8 Uhr: **Familie Plaschek.** Heilbring contra Heilbring.

Kleines Theater 8 Uhr: **Jettchen Gebert.**

Komische Oper (a. d. Weidendammerbrücke) 8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen.**

Komödienhaus 8 Uhr: **Biedermeier.**

Lessing-Theater 8 Uhr: **Jugendfreunde.**

Lustspielhaus 8¼ U.: **Die Orientreise.** Sonnt. 3¼ U.: **Das Leutnantsmündel.**

Metropol-Theater 8 Uhr: **Woran wir denken!**

Montis Operetten-Theater 8 Uhr: **Der liebe Pepi.**

Residenz-Theater 8 Uhr: **Die Schöne vom Strand.**

Rose-Theater 8 Uhr: **Sein ganzes Glück.**

Schiller-Theater O. 8 Uhr: **Der gute Bürger.**

Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: **Husarenfieber.**

Thalia-Theater 8 Uhr: **Kam'rad Männe.**

Theater am Nollendorfpl. 8¼ U.: **Immer feste drauf!** Sonnt. 3½ U.: **Der Graf v. Luxemburg.**

Theater des Westens 8 Uhr: **Rund um die Liebe**

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: **Königin Christine.**

Trianon-Theater 8¼ U.: **Das Liebesnest.**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz 8¼ U.: **Die Kreuzelschreiber.**

Walhalla-Theater 8 Uhr: **Krümel vor Paris.**

URANIA Taubenstr. 48/49. 4 Uhr (Halbe Preise): **Die Weichsel und die masur. Seen.** Abends 8 Uhr: **Die Vogesen und ihre Kampfstätten.**

WINTER GARTEN

Johanna Terwin vom Deutschen Theater, Berlin, **Jakob Tiedtke** Landwehrmann und Pikarde von Otto Reutter. **Serene Nord** mit ihren Wasserhymphen, **Rosa Felsegg** mit ihrem Aeroplan, **Else Berna** Operettensängerin sowie der **neue Februar-Spielplan.** **Kleine Preise.** Sonntag, den 14. Februar: **Nachmittag 3 Uhr -Vorstellung** Kinder nachm. halbe Preise.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Zum Schluß: **Weihnachtsabend im Schützengraben**

Anfang 8 Uhr. Militärpersonen und deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Zirkus Alb. Schumann

Freitag, 12. Februar, Anf. 7½ Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung.** Besonders hervorzuheben: **Artur Saxon-Trio,** die stärksten Männer der Welt mit ihrer lebenden Automobilbrücke. **Der fallende Mensch. Weise** mit seinen **5 Bären.** Octavios dressierte Affen, Katzen und Hunde. Gebr. Ernst u. Oskar Schumann. Um 9¼ Uhr: **Ost und West.** Großes patriotisch. Schaustück aus der Gegenwart in 4 Akten. Vorher **Unsere Helden in Frankreich.**

Theater Folies Caprice Posse-Theater

Moritz wird energisch. Das Leutnantsfenster. Landwehrleute.

Martin Kettner a. G.

Voigt-Theater. Badstr 58. Badstr. 58.

Heute Freitag, den 12. Februar: **Der Fall Clemenceau** Schauspiel in 5 Aufzügen p. Alexander Dumas und Armand d'Artois. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Casino-Theater. Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Das gr. Februar-Spezialit.-Programm **Fritz Brand, Lucie Bernardo, Welda Brautz, Gebrüder Roberts.** Nur noch kurze Zeit: **Durch dick und dünn.** Sonnt. 4 Uhr: **Durch Klippen u. Wellen**

AM ZOO Palast-Theater Täglich 8 Uhr: **Muttchen hat's Wort!** von Otto Reutter u. M. Reichardt mit Karl Geßner, Paul Otto, Steffi Margreiter etc. Sonntag, 14. Februar, 3½ Uhr: **Flachsmann als Erzieher** zu kleinen Preisen.

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorpärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichbaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88. *

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. 109*

Elegante Herrenhosen an Private zu Fabrikpreisen. Königstraße 20/21, Hof parterre. 12/20

Möbel.

Preise nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Ankleideschrank mit Wäscheabteil und Facettespiegel 88, derselbe etwas kleiner 63 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 35, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche siebenteilig 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,50, Waschtoilette 19. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. *

Kriegshalber. Bildschöne Wohnungseinrichtung, hochaparte Küche, ganz neu, zusammen nur 925,— zu verkaufen Rosenthalerstraße 57, vorn III bei Glad. (Gewerblich.) Händler verbeten. 12/14*

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, nahe Jannowitzbrücke. *

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Ackerstraße 54. *

20 entzückend ausgeführte Küchen gelangen zu nie gekannt billigen Preisen zum Sonderverkauf, auch lasiert. Möbelhaus Osten, Gelegenheitskäufe, Andreasstraße 30. 552

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christiansen, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 1/7*

Fahrradankauf. Linienstraße 27.

Nähmaschinenkauf. Preisangabe. Neanderstraße 27, Hof parterre. *

Zeltstoffreste und Zeltbahnen kaufen Röttig u. Ley, Ritterstraße 86.

Unterricht.

Klavierkursus gratis. In drei Monaten Vaterlandslieder jedermann. Noten, Klavierüben frei. Musikakademie Oranienstraße 63, Moritzplatz. 11/19

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 687b*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Riemeyerstraße 10.

Stellenangebote.

Tapezierer sucht sofort bei hohem Lohn Automobil-Betriebs-Aktien-Gesellschaft, Fennstraße 31. 2997R*

Drillinge. 3 Gestellmacher (Korbmacher) per sofort gesucht. Schöneberg, Stübbenstraße 10 (Laden).

Gesucht Blusenarbeiterin außer dem Hause. Gutsche, Kuglerstraße 152.

Gewandte Einrichter

für Revolverbänke auf Zünderteile verlangen 12/16

Karl Hasse & Wrede,

N., Christianiastr. 116a.

Bei hohem Lohn

Werkzeugmacher, Dreher, Revolver-Dreher, Maschinenarbeiter Schlosser

gesucht 12/19

Ernst Heubach & Co.,

Tempelhof, Colditzstraße.

Für Plüsch-Appretur

militärfreier Arbeiter zur Bedienung der Universal-Wirbelmaschine gesucht. Offerten an **Julius Bendit, Berlin,** Jägerstr. 32. 1076b

Schlosser und Eisendreher

werden sofort eingestellt

Orenstein & Koppel - Arthur Koppel

Aktiengesellschaft

Spandau, Hamburger Str. 41.

Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin

(Zuschußkasse)

(früher Bauhandwerker-Krankenkasse E. H. 118).

Am Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Sebastianstr. 39:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung des ersten Kassierers vom Jahre 1914 und Revisionsbericht. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes: 2. Vorsitzender, 1. Kassierer, zwei Beisitzer und drei Ersatzmänner. Wahl des Aufsichtsrats und Ersatzmänner. 3. Innere Kassenangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

38/6* **Der Vorstand.** J. A.: H. Metzke.

NB. Die Zahlstelle im Osten ist nach Rominteuer Str. 47, bei **Görlich** verlegt.

Mechaniker-Kittel • Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem **größten Spezialgeschäft** von

Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung

Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Die Sorge um die Kriegsinvaliden.

Der moderne Krieg hat, wie hier an vielen Beispielen schon gezeigt werden konnte, viele Vorstellungen und Erfahrungen früherer Kriege umgewälzt. Eine besondere Umwälzung zeigt er auf dem Gebiete der Verwundungen und ihrer Heilung. Die Kriegstechnik hat gewaltige Fortschritte und im besonderen eigentümliche Spezialisierungen erfahren; glücklicherweise aber auch die Abwehr und Heilung der Wunden. Dabei ist die Pflege und Versorgung der durch Kriegswunden zu Krüppeln gewordenen Krieger besonders erfreulich vorwärts gekommen. Schon in Friedenszeiten hat man sich ihrer, nicht zuletzt durch das Drängen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der Gesetzgebung besonders angenommen und eine besondere Vereinigung von Aerzten und Sozialpolitikern hatte sich der Erforschung und Vervollkommnung der Heilmethoden für die Krüppel tatkräftig angenommen und sie mustergültig durchgeführt. Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge unter der Führung von Professor Biesalski hat jetzt vor wenigen Tagen auch für die neuen Kriegskrüppel durch eine außerordentliche Tagung eine energische neue Propaganda gemacht. Spezialärzte, Sozialpolitiker aller Richtungen, Vertreter der Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften, hohe Beamte der Regierung haben sich an diesem außerordentlichen Kongreß beteiligt und alle haben den guten Willen gezeigt, nach Kräften für die Kriegsinvaliden zu sorgen.

Das Problem, um das es sich handelt, ist einmal ein medizinisches, dann aber auch ein ökonomisches und sittliches. Für die ärztliche Wissenschaft kommt es darauf an, durch das Heilverfahren und durch die sachgemäße fortgesetzte Pflege nach der eigentlichen Heilung die noch gebliebenen Kräfte und Möglichkeiten des Körpers festzuhalten, zu sichern und, wenn möglich, zu steigern. Wirtschaftlich liegt das Problem darin, die Invaliden innerhalb der ärztlichen Erlaubnis und in den Grenzen des Möglichen wieder zu beschäftigen und dadurch in den Kreis der Arbeit einzureihen. In sozialer und sittlicher Hinsicht schließlich muß gefordert werden, die Kriegsinvaliden an keiner Stelle und bei keiner Gelegenheit empfinden zu lassen, daß sie nicht mehr vollkräftige Menschen sind, und es muß zu einer Ehrenpflicht werden, denjenigen, die einen Teil ihrer Kräfte der Verteidigung des Vaterlandes geopfert haben, ganz besonders hoch zu achten und dafür zu sorgen, daß sie sich bei keiner Gelegenheit minderen Rechts und minderer Achtung ausgesetzt fühlen.

Die Sozialdemokratie hat bei den ständig wiederkehrenden Debatten über die Veteranenfürsorge im Reichstage diese Forderungen immer mit besonderer Schärfe und Eindringlichkeit vertreten. Sie hat sich schon damals auf den selbstverständlichen Standpunkt gestellt, daß diejenigen, die für das Ganze leiden, das vollste Recht darauf haben, von diesem Ganzen in jeder Hinsicht geschätzt und versorgt zu werden. Sie hat es ohne jede Schonung aufs äußerste gebrandmarkt, daß die Kriegsinvaliden als Almosenempfänger und Leierkastenmänner ihr verkümmertes Leben durchschlagen mußten. Nach langen Mühen hat dann das Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906, was die Rentenversorgung betrifft, endlich halbwegs genügende Sätze gebracht. Jetzt liegen die Dinge so, daß alle zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes, die uns hier besonders interessieren, bei der Entlassung aus dem aktiven Dienst Anspruch auf eine Rente haben, wenn und solange ihre Arbeitsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um mindestens 10 Proz. gemindert ist. In solchen Fällen bekommt der Feldwebel jährlich 900 M., der Sergeant jährlich 720 M., der Unteroffizier jährlich 600 M. und der Gemeine jährlich 540 Mark als Vollrente. Die Rente beträgt für die Dauer teilweiser Arbeitsunfähigkeit denjenigen in Hundertsteln auszudrückenden Teil der Vollrente, welcher dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit entspricht. Außerdem kommt für besondere Verstümmelungen die sogenannte Verstümmelungszulage hinzu, die zwischen 27 und 54 M. monatlich schwankt und, sofern die Arbeitsstörung durch Krieg eingetreten ist, durchweg eine monatliche Kriegszulage von 15 M. außerdem hinzu.

In der Diskussion, die jetzt in der Presse und in den genannten und anderen Organisationen eingesetzt hat, dreht es sich nun weniger um eine Erhöhung dieser Geldsätze, als um die Sicherstellung der Renten für immer, auch wenn die Arbeitsunfähigkeit behoben wird, und dann vor allem um die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten innerhalb der ärztlichen Erlaubnis und auf dem Boden der vollen Achtung des arbeitenden Krüppels. Auf dem letzteren Gebiet werden im besonderen die modernen Arbeiterorganisationen durch ihr solidarisches Empfinden und durch ihr sozialistisches Denken außerordentlich eingreifen und helfen können. Sie werden vor allem die häßliche Auffassung zu bekämpfen haben, als ob ein Krüppel nur seiner Invalidität wegen minderwertig sei und kein Recht habe, mit den Gesunden in Reih und Glied zu arbeiten und, wenn es sein muß, zu kämpfen.

In allen Fragen, die wir hier skizziert haben, und die jetzt vielfältig erörtert werden, zeigt sich übrigens zurzeit unter den verschiedensten Parteirichtungen eine erfreuliche einheitliche Auffassung, von der wir nur wünschen möchten, daß sie sich in der gleichen Stärke auch nach dem Kriege noch vorfindet und sich im Parlament oder wo sonst die Gelegenheit sich dazu findet, kräftig durchsetzt; dann können die Kriegsinvaliden sicher sein, daß das Vaterland, für das sie sich geopfert haben, wenigstens einen kleinen Teil des schuldigen Dankes durch eine anständige Gesetzgebung und würdige Behandlung abträgt.

Gegen die Quertreiber.

Die bürgerliche Presse spendet einer Broschüre des Genossen Wolfgang Heine enthusiastischen Beifall, die den anmutigen Titel trägt: „Gegen die Quertreiber.“ Gemeint sind damit die Quertreiber innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die gegen die Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Bedenken erhoben haben und die Auffassung vertraten, daß die Vergangenheit und die Grundsätze der Sozialdemokratie eine andere Stellungnahme erfordert hätten. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, weshalb eine ernsthafte und gründliche Auseinandersetzung über diese Frage in der Presse und in Broschürenform zurzeit nicht möglich ist, wenigstens nicht für die „Quertreiber“. Daß die Genossen, die das Verhalten der Fraktionsmehrheit für ein Gebot der politischen Notwendigkeit halten, sich gegen die an ihrer Haltung geübten Kritik wenden und ihre Stellungnahme rechtfertigen, ist ihr gutes Recht. Nur sollte sie das demokratische Empfinden und Taktgefühl abhalten, das in Formen zu tun, die weder der sachlichen Klärung, noch der parteigenössischen Geschlossenheit zu dienen vermögen. Und leider muß von der neuen Broschüre Heines gesagt werden, daß sie es an dieser Vornehmheit der Polemik bedenklich fehlen läßt. Wenn die „Vossische Zeitung“ ihr nachsagt, daß Heine „gar nicht zimperlich“ sei und den Quertreibern einen Spiegel vorhalte, worin sie sich „in ihrer ganzen Häßlichkeit“ erblicken könnten, so sagt das schon genug. In der Tat kargt Heine nicht mit starken Ausdrücken und direkten Verbalinjurien. Wir sollten meinen, daß ein Mann wie Heine es doch nicht nötig habe, sich solcher zweifelhaften Mittel zu bedienen. Zumal in einer Zeit, wo ihm in der gleichen Oeffentlichkeit eine entsprechende Antwort nicht gegeben werden kann.

Natürlich stellt auch Heine die völlig unkontrollierbare Behauptung auf, daß die „Quertreiber“ nur einen kleinen Personenkreis in der Partei bildeten. Wäre das richtig, wozu dann der gewaltige Aufwand von sittlicher Entrüstung und polemischer Schärfe? Man schießt doch nicht mit Kanonen nach Spatzen! Außerdem kämpft Heine doch wohl gegen Windmühlenflügel, wenn er unter anderem sagt:

„Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Genossen diesen Versuchen ein Halt gebieten, die unsere Partei zerreißen und die Interessen des Vaterlandes gefährden. Der schlichteste Genosse ist imstande, den Quertreibern die Frage entgegenzuhalten:

„Wollt ihr, daß die Partei vor der Welt die Verantwortung trüge, wenn Deutschland geschlagen, zerstückelt und seiner Industrie und seines Handels beraubt würde, oder wollt ihr die deutschen Arbeiter davor schützen?“

Wem dann noch nicht die Augen aufgehen, dem ist allerdings nicht zu helfen, der mag dann aber auch vor aller Welt den Vorwurf der Gleichgültigkeit, ja der Feindschaft gegen sein Volk und Vaterland tragen.“

Das sind Unterstellungen, die Genossen mit politischem und moralischem Verantwortlichkeitsgefühl selbst den „Quertreibern“ — zu denen Heine z. B. auch die so bewährte Genossin Zetkin zählt — nicht machen sollten. Sicherlich gibt es unter den „Quertreibern“ kaum jemand, der der Mehrheit der Reichstagsfraktion und ihrer Meinungsgenossen nicht den guten Glauben und die ehrliche Ueberzeugung zugestehen wird, durch ihre Stellungnahme das Beste der Partei und der Arbeiterbewegung gewollt zu haben. Dann können die „Quertreiber“ aber auch verlangen, daß man die politischen und moralischen Absichten ihrer Kritik respektiert und ihnen nicht den törichten Vorwurf macht, „Gleichgültigkeit, ja Feindschaft gegen ihr Volk“ zu verraten. Das Schlagwort von den vaterlandslosen Gesellen sollte man doch solchen Leuten überlassen, die sachliche Gründe nicht vorzubringen wissen.

Ueber Vergangenes zu rechten, wird nach dem Kriege Zeit und Gelegenheit genug sein. Heute hat die Arbeiterklasse so wichtige Aufgaben zu lösen, daß die Erzielung der Geschlossenheit die wichtigste Aufgabe ist. Durch überhitzte Polemik, persönliche Herabsetzung und Anzweiflung des ehrlichen Willens anderer Parteigenossen erreicht man aber gerade das Gegenteil. Wer wirklich ehrliche Verständigung und nicht ebenso verwerfliche wie völlig aussichtslose Unterdrückung des anderen Teils will, wird sich Aufmachung und Stil der Heineschen Broschüre nicht zum Muster nehmen dürfen.

*

Aus der Broschüre seien noch folgende Stellen mitgeteilt:

„Diese Versuche sind ausgegangen von kleinen Personenkreisen, die unter sich aufs engste verbunden sind und überall einander unterstützen. In Stuttgart sind es die schon seit Jahren durch die Anfachung immer neuer Parteikonflikte bekannten Klara Zetkin, Westmeyer usw., in Hamburg einige Theoretiker, die sich nicht minder in solchen Zänkereien schon hervorgetan haben und in Berlin und Vororten der altberufene Kreis.

Dieser ruft unter ungeheurem Phrasenschwall die Berliner Genossen gegen die Fraktion und die Haltung des größten Teils der Parteipresse auf. Wirtshausgespräche und Gelegenheitskonventikel, bei denen durch gehörige Vorbereitung stets für eine Mehrheit für die Veranstalter gesorgt ist, und in denen die anders denkenden Genossen meist gar nicht erst das Wort ergreifen, werden dann in Berichten nach dem Auslande zu großen Versammlungen aufgebauscht und es wird zur Freude der Feinde Deutschlands der Eindruck erweckt, die Masse des Volkes wolle von der Verteidigung des Vaterlandes nichts wissen.

Die auswärtigen Genossen in Hamburg und Stuttgart sind mit den Quertreibereien in ihren Reihen leicht fertig geworden. In Berlin aber können die Parteigenossen nicht zu einem klaren Urteil darüber gelangen, weil ihnen die Wahrheit nicht bekannt ist.

Der „Vorwärts“ hat seit dem Beginn des Krieges die Haltung, die die Reichstagsfraktion und der weit überwiegende Teil der Parteipresse und der Parteiorganisationen im ganzen Reiche eingenommen hatte, in keiner Weise selbst gerechtfertigt, hat aber auch bis in die letzten Tage (Ende Januar 1915) keine Veröffentlichungen von Parteigenossen oder aus der Parteipresse wiedergegeben, die dies Ziel verfolgen. Das Zentralorgan behauptet, in einer Frage, in der die Meinung der Genossen geteilt sei, nicht Partei ergreifen zu können. Der Grund ist nicht überzeugend, denn nie seit langen Jahren ist in der Partei für etwas eine so überwältigende Mehrheit vorhanden gewesen wie in dieser Frage. Der „Vorwärts“ hat sich auch sonst nie gescheut, gegen Parteigenossen Stellung zu nehmen. Ist ja gerade die jetzige Redaktion des „Vorwärts“ ans Ruder gelangt, weil man die früheren Redakteure bezichtigte, in inneren Streitigkeiten nicht entschieden genug Partei zu ergreifen. Aber ganz abgesehen von der Frage, ob dieser Grund stichhaltig ist, der „Vorwärts“ ist sogar so weit gegangen, daß er Tatsachen, die den Standpunkt der Mehrheit ohne Worte rechtfertigen würden, wie namentlich manche Kundgebungen aus der ausländischen Sozialdemokratie, gar nicht oder lückenhaft oder verspätet berichtete. Dies widerspricht nun ganz zweifellos den Pflichten sowohl eines Zentralorgans wie des Blattes, das die Berliner Genossen informieren soll, und wird direkt zu einer Irreführung der Oeffentlichkeit. Die Redaktion des „Vorwärts“ mag glauben, durch solches Vertuschen die Einigkeit der Partei und der Internationale zu fördern, die wirkliche Folge aber ist eine Zerreißung der inneren Einheit der Partei und eine einseitige Förderung derer, die die Haltung der Partei in dieser Not Deutschlands mißbilligen.“

*

Anmerkung der Redaktion des „Vorwärts“: Heine irrt, wenn er dem „Vorwärts“ unterstellt, er habe in der Diskussion über die Stellung der Reichstagsfraktion nicht das Wort ergriffen, weil die Meinung der Genossen geteilt sei. Er hat vielmehr geschwiegen, weil eine wirkliche Erörterung des Meinungsstreits zurzeit einfach unmöglich ist. Die Gründe für diese Unmöglichkeit brauchen wir dem Juristen Heine wohl nicht erst auseinanderzusetzen.

Wenn Heine weiterhin bedauert, daß der „Vorwärts“ „Tatsachen, die den Standpunkt der Mehrheit ohne weiteres rechtfertigen würden“, „gar nicht oder nur lückenhaft“ wiedergegeben habe, so urteilt er — soweit seine Behauptung überhaupt zutrifft — gleichfalls ohne Kenntnis und Berücksichtigung der zurzeit für Redaktionen in Betracht kommenden Umstände. Außerdem hält es die Redaktion des „Vorwärts“ für eine höchst gefährliche, irreführende und weder dem Wohle der Partei, noch dem Wohle des deutschen Volkes dienende Methode, nur „Tatsachen“ zu sammeln, die die nationalistische Zerklüftung der europäischen Völker verbreitern müssen, ohne daß es der Redaktion möglich wäre, diese „Tatsachen“ vom sozialdemokratischen Standpunkte aus entsprechend zu beleuchten.

Aus der Partei.

August Haverkamp.

In Bremerhaven ist in der Nacht vom 9. zum 10. Februar der Redakteur und Geschäftsführer der „Norddeutschen Volksstimme“, August Haverkamp, im Alter von 51 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein Genosse dahingegangen, der in den verflossenen Jahrzehnten eine rastlose, aber erfolgreiche Arbeit in Wort und Tat in der Arbeiterbewegung der Unterweserorte geleistet hat. Als Reichstagskandidat des 19. hannoverschen Wahlkreises hat er in 20jähriger Agitationsarbeit auf all den verstreuten Marsch- und Geesthöfen, in den Dörfern und Flecken dem sozialistischen Gedanken Geltung verschafft. Sein Verdienst ist es zu einem erheblichen Teil, wenn heute der innerlich so schroffe wirtschaftliche Gegensätze bergende Kreis schnitterreif ist für die Sozialdemokratie. Auch im Stadtparlament gehörte Haverkamp zu den markantesten Persönlichkeiten. Seine sachkundige Mitarbeit im Interesse des Gemeinwesens hat nicht nur bei seinen Parteifreunden, sondern auch bei den Gegnern Anerkennung gefunden.

Genosse Rühle ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: „Um der systematischen Irreführung entgegenzutreten, die in Parteiblättern und Parteikreisen dadurch getrieben wird, daß man in Berichten über die Fraktionssitzung der Wahrheit zuwider behauptet, die Verurteilung Liebknechts sei einmütig erfolgt und ohne daß ihm ein Verteidiger erstanden sei, habe ich den „Dresd. Anz.“ (der den Bericht der „Frankf. Volksst.“ auszugsweise wiedergab) um Richtigstellung ersucht und die entscheidenden Abstimmungsresultate mitgeteilt. Ich hoffe, damit allen weiteren Täuschungsversuchen dieser und ähnlicher Art kurzerhand die Spitze abzubrechen.“

*

Unser Dresdener Parteiblatt entnimmt dem „Dresdner Anzeiger“ folgende Mitteilung:

„Die sozialdemokratische Partei und der Abgeordnete Liebknecht. Zu unserem der „Frankfurter Volksstimme“ entnommenen Bericht über die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich mit dem Abgeordneten Liebknecht beschäftigte, schreibt uns Herr Reichstagsabgeordneter Otto Rühle aus Hellerau, daß mit 58 gegen 33 Stimmen das Verhalten Liebknechts als unvereinbar mit den Interessen der Partei verurteilt und die Erklärung der Fraktion gegen Liebknecht in der Gesamtabstimmung mit 65 gegen 26 Stimmen angenommen wurde.“

Dazu bemerkt die „Dresdener Volkszeitung“: Auch auswärtige Blätter übernehmen bereits diese Mitteilung, die jedoch unvollständig und wegen ihrer Unvollständigkeit irreführend ist. Wir kennen das Schreiben nicht, das Genosse Rühle an den „Dresdner Anzeiger“ gerichtet hat, um diese Zeitung über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Fraktion zu unterrichten, und wir wissen nicht, ob der „Anzeiger“ den Inhalt des Schreibens vollständig wiedergegeben hat. Jedenfalls ist festzustellen, daß der „Anzeiger“ das wichtigste nicht mitteilt, nämlich die Tatsache, daß die Fraktion mit 82 Stimmen gegen 15 Stimmen der Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember zugestimmt hat, in der das tiefste Bedauern über Liebknechts Disziplinbruch ausgesprochen wurde.

Die Mainzer Genossen zur Haltung der Fraktion.

Eine von der sozialdemokratischen Organisation in Mainz einberufene Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember 1914. Sie erkennt die Verteidigung des Vaterlandes als eine Pflicht der sozialdemokratischen Arbeiter, die an der Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens, der Kultur und des staatlichen Bestandes Deutschlands interessiert sind. Die Versammelten sprechen den im Felde stehenden Kämpfern und allen, die im Inlande der Verteidigung des Vaterlandes ihre Kräfte widmen, ihren Dank aus. Sie erwarten, daß dieser Krieg zu einem ehrenvollen Abschluß führen werde, der dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens und der ruhigen Arbeit für die Zukunft sichert.“

Gewerkschaftliches.

Ein 100jähriges Gewerkschaftsjubiläum.

Gewerkschaftliche Hundertjahrfeiern dürften einstweilen noch zu den Seltenheiten gehören. Die Buchdrucker der Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten, Washington im Staate Columbia, konnten Mitte Januar ein solches Fest feiern. Genau vor 100 Jahren wurde dort die „Typographische Vereinigung in Columbia“ gegründet, die sich 1867 dem großen Landesverbande der Buchdrucker anschloß. Neben den Reden von Vertretern der Gewerkschaften und der Regierung erregten besonders Interesse die Protokolle der Gründungssitzung und des 50jährigen Jubiläums. Dieselben trugen den Vermerk, man möge sie bei der Hundertjahrfeier verlesen.

Berlin und Umgegend.

Die Wagenbaufirma Lange u. Gutzeit wurde in einer Versammlung der Wagen- und Karosseriearbeiter, über die wir am Sonntag berichteten, beschuldigt, ihren Arbeitern pro Woche Abzüge von

75 Pf. bis 2 M. zu machen, die für die Unterstützung der Kriegsteilnehmerfamilien dienen, während sie selbst nur 50 M. wöchentlich für diesen Zweck aufwende.

Von der Firma wird uns dazu geschrieben:

„Die Firma Lange u. Gutzeit hat gleich nach Ausbruch des Krieges in Gemeinschaft mit ihren Arbeitern und Beamten beschlossen, die Familien ihrer zum Waffendienst einberufenen Arbeiter während der Kriegszeit zu unterstützen, und zwar jede Frau mit 6 M. pro Woche und jedes Kind mit 1 M. pro Woche. Die Arbeiter wünschten sich freiwillig hieran zu beteiligen. Von der Firma wurde ein Betrag von 500 M. pro Woche zur Verfügung gestellt, während die Arbeiter nach ihrem Verdienst wöchentlich 0,75 bis 2,00 M. beisteuern wollten, und wurden jene Beiträge von den Arbeitern in der Zeit vom 17. August 1914 bis 12. Oktober 1914 bezahlt. Im Laufe dieser Zeit ist einigen Arbeitern die freiwillig übernommene Verpflichtung wieder leid geworden und hat daraufhin die Firma sofort die ganze Beitragsleistung aufgehoben und erklärt, die ganze Unterstützungssumme allein zahlen zu wollen. Hierauf wollte der weitaus größte Teil unserer Arbeiter nicht eingehen, vielmehr wollten es sich dieselben auf keinen Fall nehmen lassen, auch ihr Teil zur Unterstützung der Familien ihrer eingezogenen Kameraden beizutragen. Die Firma sah sich deshalb veranlaßt, die Arbeiter nicht von der Beitragszahlung auszuschließen, stellte aber zur Bedingung, daß die Beträge wie die Beteiligung überhaupt vollständig jedem einzelnen überlassen bliebe und jeder Arbeiter selbst zu bestimmen hätte, mit welchem Betrage er sich, ohne Rücksicht auf den Verdienst, beteiligen wolle. Die Höhe der Beiträge wurde wöchentlich auf 0,30 bis 1,00 M. herabgesetzt. Ein Zwang zur Beitragsleistung wurde in keiner Weise ausgeübt und sind die Meldungen nicht von der Firma, sondern von einer aus 12 Personen bestehenden Arbeiterkommission entgegengenommen worden. Auch neu in unseren Betrieb eintretende Arbeiter haben lediglich in dieser Angelegenheit mit der Arbeiterkommission zu tun. Wenn auch der überwiegende Teil der Arbeiter freiwillige Beiträge leistet, so hat sich andererseits eine größere Anzahl nicht an der Sache beteiligt, ein Beitragszwang besteht also in keiner Weise.

Die Aufwendungen der Firma an wöchentlichen Beiträgen betragen bis zum 31. Januar d. J. 12 500 M. (in Worten: zwölftausendfünfhundert Mark), während außerdem von den Beamten der Firma pro Woche zirka 60 M. und von den Arbeitern bei den jetzigen niedrigen Beiträgen pro Woche 250 M. aufgebracht werden; Unterstützungen werden zurzeit zirka 800 M. pro Woche an die Familien ausgezahlt.

Es ist nicht zutreffend, daß die Unterstützungen an die Familien als von der Firma allein stammend gegeben werden, vielmehr ist jeder beteiligten Familie von der Firma ausdrücklich schriftlich mitgeteilt worden, daß die Beträge durch einen Zuschuß der Firma und durch Beiträge der Arbeiter und Beamten aufgebracht werden.

Auch bezüglich der angeblichen Mißstände bei Auszahlung der Akkordlöhne sind die gemachten Angaben nicht zutreffend, denn die vereinbarten Akkordlöhne werden nach Fertigstellung der Arbeiten voll ausbezahlt und mit vorher austretenden Arbeitern entsprechend abgerechnet."

Wir bedauern natürlich, daß über das Verfahren der Firma mehr gesagt worden ist, als was sich rechtfertigen läßt, möchten aber bemerken, daß auch nach den Anschlägen der Firma die „freiwilligen" Beiträge genau abgestuft sind und vom Lohne abgezogen werden.

Deutsches Reich.

Wilhelm Leisler gestorben.

Der Vorsitzende des Deutschen Kürschnerverbandes, Wilhelm Leisler, ist nach kurzer Krankheit in Hamburg verstorben. Unter starker Beteiligung der Hamburger Kollegen wie auswärtiger Vertreter, Freunde und Bekannten fand am 9. Februar die Beerdigung Leislers auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Nur fünf Jahre hat der Verstorbene den Posten als Verbandsvorsitzender verwaltet. Durch seine aufopfernde Tätigkeit für die gewerkschaftliche Organisation hatte er sich das Vertrauen seiner Verbandskollegen erworben, das ihn vor fünf Jahren zu dem Posten als Verbandsvorsitzenden erhob. Seit 1890 bis zu seiner Uebersiedelung nach Hamburg hatte Leisler in Frankfurt a. M. gearbeitet; er gehörte seit dieser Zeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation an. Daß er sich auch auf dem früheren Felde seiner Tätigkeit das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben hatte, beweist, daß er 10 Jahre lang dem Vorstande der Allgemeinen Krankenkasse, sowie der Kommission der Vereinigten Krankenkassen angehörte. In dieser Zeit war er zu fast sämtlichen Krankenkassen-Kongressen delegiert worden. — Wegen seines lauteren Charakters und seiner regen Tätigkeit für die Arbeiterinteressen ist dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken in der deutschen Arbeiterbewegung gesichert.

Ausland.

Die Gewerkschaften in den Niederlanden.

Die holländische „Monatsschrift für die Statistik" veröffentlicht die Zahlen über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1914. Während des Jahres 1913 hat sich die Mitgliederzahl der verschiedenen Zentralen folgendermaßen entwickelt:

	1913	1914
N. V. V. (Freie Gewerkschaften)	61 447	84 261
N. A. S. (Syndikalisten)	8 097	9 697
C. N. V. (Christliche)	7 944	11 023
R. K. V. (Katholische)	21 096	29 048
N. V. U. V. (Neutr. Hirsch-Dunckersche)	2 844	3 864

Den stärksten Zuwachs hat also die N. V. V. zu notieren, statt wie bisher 32,51 Proz. gehören jetzt 38,25 Proz. aller Organisierten den freien Gewerkschaften an. Der Anteil der Katholischen, welche die zweitstärksten sind, stieg von 11,16 auf 13,19 Proz., die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten von 189 030 auf 220 275; allerdings sind einige Zehntausende dieser Mitglieder Beamte, Lehrer usw. und nicht zu den eigentlichen Industriearbeitern zu rechnen. Von den 220 275 Mitgliedern gehörten 137 893 einer Landeszentrale an oder 62,6 Proz. gegen 53,66 Proz. im Vorjahre. Die Zentralisation macht also Fortschritte. Die Zahl der Gewerkschaften mit mehr als 5000 Mitgliedern wuchs von 2 auf 6, von denen 5 der N. V. V. angehören. Der sechste ist der Lehrerverband, der jedoch der N. V. V. in Fragen der Kindergesetzgebung, Zehnstundentag usw. Hand in Hand arbeitet.

Aus Industrie und Handel.

Verluste der englischen Handelsflotte.

Ueber die ganz erheblichen Verluste der englischen Handelsflotte schreibt „Daily Telegraph": Seit Beginn des Krieges wurden 131 102 Tonnen britischer Schiffe versenkt, 31 017 Tonnen durch Minen und 8385 durch Torpedos zum Sinken gebracht. Das ist nach Lloyds Register etwas über ein Prozent der gesamten Handelsflotte.

Belgische Renten in Frankreich.

Paris, 11. Februar. (W. T. B.) Die belgischen Rentenkupons werden von den hiesigen Zahlstellen nicht mehr eingelöst. Die Einlösung wird von den Zahlstellen auch dann verweigert, wenn nachgewiesen wird, daß die Kupons zu im belgischen Besitz befindlichen Stücken gehören.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft schlägt die Verteilung einer Dividende von 7½ Prozent gegen 9 Prozent im Vorjahre vor. Außer den üblichen Abschreibungen sind 300 000 M. als Kriegsfürsorge vorgesehen.

Die russische Kohlenproduktion

hat ihren Hauptsitz in dem Donezgebiet: von der Gesamtförderung an mineralischen Heizstoffen in Höhe von über 2 000 000 000 Pud lieferte das Donezgebiet 1 555 500 000 Pud. Von den auf 70 bis 75 Milliarden Tonnen veranschlagten Steinkohlenvorräten des europäischen Rußland und des Kaukasus entfallen auf das Donezgebiet 50 Milliarden, auf das russisch-polnische, jetzt von den Deutschen besetzte Dombrowagebiet, 2,5 Milliarden. Zum Vergleich sei erwähnt, daß Deutschlands Kohlenvorräte auf 180 Milliarden Tonnen, die Oesterreich-Ungarns auf 28 Milliarden, die französischen auf 12 Milliarden, die amerikanischen auf 1600 Milliarden Tonnen berechnet und geschätzt werden. Das reiche Donezgebiet gehört ethnologisch zur Ukraine, deren Losreißung von Rußland und Verselbständigung das Ziel einer lebhaften Bewegung ist.

Soziales.

Kautionsrückforderung.

Ist in dem Zurückfordern der Kaution eine Lösung oder nur eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses zu erblicken? Um diese Frage handelte es sich gestern in einer Verhandlung vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts.

Ein Kassenbote der Brauerei Pfefferberg wurde Anfang August zum Militärdienst eingezogen. Um seiner Familie einen Notgroschen in den Händen zu lassen, forderte er seine bei der Firma hinterlegte Kaution zurück. Darin erblickte die Beklagte eine Lösung des Arbeitsverhältnisses und weigerte sich, den Kläger wieder einzustellen, als er nach einigen Wochen vom Militärdienst frei kam. Der Kläger beanspruchte daraufhin für die ihm zustehende vierzehntägige Kündigungsfrist 66 M. Entschädigung.

Diese hat ihm das Gericht auch zugesprochen. Es folgerte aus dem Umstand, daß der Kläger nur die Kaution, nicht auch die Papiere gefordert und erhalten hat, daß er **nicht die Absicht** hatte, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Auch die Firma hat durch nichts eine auf Lösung gerichtete Absicht zu erkennen gegeben.

Eine kommunale Fischbäckerei.

Die meisten der in Holland gefangenen Fische gehen nach dem Auslande. Da jetzt aber die Ausfuhr nicht möglich ist und ein Teil der Fischereiflotten noch arbeitet, ist man genötigt, den Fischkonsum im eigenen Lande zu fördern. Es gibt sogar gewisse Fischsorten, welche in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung unbekannt sind und welche man auch nicht zuzubereiten versteht. Die Regierung hat daher jetzt eine Zentralstelle in Amsterdam eingesetzt zur Aufklärung der Bevölkerung und zur Verteilung der Fische. Im Anschluß daran hat der **Gemeinderat von Amsterdam** eine **kommunale Fischbäckerei** ins Leben gerufen. Die gebackenen Fische werden zu sehr billigen Preisen in 6 Läden verkauft. Auch hat die Gemeinde mit Fischhändlern, welche mit den frischen Fischen hausieren sollen, eine Vereinbarung getroffen. Bis jetzt ist die Nachfrage größer als das Angebot.

Ungültigkeit der Stettiner Lustbarkeits-Steuerordnung.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte die Stettiner Lustbarkeitssteuer für ungültig.

Ein Stettiner Tanzlehrer hatte gegen die Veranlagung zur Lustbarkeitssteuer wegen eines Prüfungsballs geklagt. Der **Bezirksausschuß** gab der Klage statt, weil eine nach der Steuerordnung steuerfreie Ausnahme vorgelegen habe.

Das **Oberverwaltungsgericht**, bei dem der Magistrat Berufung einlegte, beschränkte die Verhandlung darauf, **ob die Lustbarkeitssteuerordnung überhaupt gültig sei.** Es wurde aus dem Inhalt der Ordnung festgestellt, daß die Steuersätze, die unter einer Reihe von Nummern aufgeführt sind, dem Magistrat für die einzelnen Arten von Lustbarkeiten einen gewissen, zum Teil ziemlich weiten Spielraum lassen. So sind danach für eine bestimmte Art von Lustbarkeit Sätze von 50 Pf. bis zu 5 M. zulässig; für eine andere Art von 50 Pf. bis 20 M. Und so weiter. Für die Bemessung im Einzelfalle ist in der Steuerordnung nur der Fingerzeig gegeben, daß sie sich nach der Größe des Raums, der zu erwartenden Besucherzahl, des zu erwartenden Gewinns und dergleichen richten solle, ohne daß **nähere, genau umrissene** Anhaltspunkte gegeben sind.

Das **Oberverwaltungsgericht** verwarf die Revision des Magistrats wegen **Ungültigkeit der Steuerordnung.** Gründe: Die Steuerordnung enthalte eine ganze Anzahl von Sätzen, die für die jeweilig aufgeführten Lustbarkeiten nicht fest bestimmt sind, sondern deren eigentliche Festsetzung im gegebenen Falle dem Belieben des Magistrats überlassen ist, insofern, als nur Mindest- und Höchstsätze angegeben seien. Es fehle somit an festen Normen und Sätzen, die nach dem Gesetz verlangt werden müßten. Deshalb sei die Steuerordnung **ungültig**, woraus sich die Verwerfung der Revision des Magistrats ergebe.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 4 des siebenten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Fichtes Reden an die deutsche Nation. — Der „ewige" Kalender. — Tonerle. Eine Erinnerung von Fritz Sepp. — Das Geheimnis des Todes. Von Alexander Lipschütz. (Mit Abbildungen.) — Durch Preußen und durch Polen. Gedicht. — Menschliches aus dem Kriege. Von Konrad Haenisch. (Schluß.) — Die moderne Seeschlacht. Von Richard Woldt. — Der deutsche Kriegsgefangene.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 147 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Oberkommando der 9. Armee.

Stab der 17. Reserve-Division; 1., 2., 3. und 4. Garde-Reg.; 1. und 2. Garde-Ref.-Reg.; Gren.-Regimenter Alexander und Nr. 5; Garde-Jäger- und Schützen-Bat.; Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füs.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 18, 16, 17, 18 (siehe Inf.-Reg. v. Reinhardt), 22, 23, 24, 26, 27, 28, 30, 33, 36, 39, 48, 50, 53, 56, 62, 76, 77, 78, 85, 86, 88, 89, 92, 93, 96, 97, 98, 99, 110, 111, 112, 113, 116, 117, 118, 128, 135, 136, 140, 143, 144, 145, 147, 148, 154, 156, 163, 170, 173, 174, 176; Inf.-Reg. Nr. 1 der Brig. Doussin und Reg. v. Reinhardt; Ers.-Reg. Königsberg III; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 7, 10, 19, 22, 23, 24, 25, 29, 39, 40, 48, 55, 72, 76, 77, 80, 81, 82, 84, 86, 92, 93, 94, 98, 99, 109, 110, 111, 118, 130, 201, 203, 206, 209, 214, 217, 218, 221, 226, 228, 239; Res.-Ers.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 10, 13, 22, 23, 26, 30, 38, 40, 53, 56, 77, 99, 109, 110, 118; Landw.-Ers.-Reg. Nr. 2; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 6, 38 (siehe Res.-Ers.-Reg. Nr. 4), 39, 40, 44, 49, 50, 78, 79, 80, 81, 83; Landw.-Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 14 (siehe Landw.-Ers.-Reg. Nr. 2), 42; Landst.-Bataillone Aachen, III. Allenstein, Brieg, II. Kottbus, Frankfurt a. O., 2. Heidelberg, 1. Karlsruhe, II. Lötzen, Magdeburg, Neiße, Schweidnitz, 2. Trier, 2. I. Trier; Landst.-Ers.-Bataillone I. Münster, Oberlahnstein; Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 5, 6, 7, 8, 14; Res.-Jäger-Bataillone Nr. 6, 7, 18; Festungs-Maschinengew.-Trupp 8. Posen.

Garde-Kürassiere; Kürassiere Nr. 1, 3; Dragoner Nr. 6, 22; Res.-Drag. Nr. 8; Husaren Nr. 4; Ulanen Nr. 1, 16; 2. Landst.-Esk. des 3. Armeekorps.

2. und 4. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 1, 3, 4, 9, 19, 30, 31, 34, 41, 43, 46, 53, 54, 57, 66; Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 15, 21, 27, 29; 1. Landst.-Batt. des 7. Armeekorps.

2. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 1, 3, 6, 8, 9, 10, 13, 16, 18, 20; Res.-Fußart.-Regimenter Nr. 7, 8, 11, 18; Park-Bataillon Nr. 9 (siehe 2. Garde-Fußart.-Reg.).

Pion.-Regimenter Nr. 29, 31; Pion.-Bataillone: I. Nr. 2, I. und II. Nr. 3, I. Nr. 7, I. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 17, I. und II. Nr. 26; Pion.-Ers.-Bat. Nr. 28; 2. Landw.-Pion.-Komp. des 4. Armeekorps; Festungs-Scheinwerfer-Abt. Lötzen.

Militär-Eisenbahn-Dir. Nr. 2; Fernspr.-Abt. des 6. Landwehrkorps; Feldfliegertruppe.

Munitionskol. Nr. 2 des 17. Armeekorps; Art.-Munitionskol. Nr. 3 des 2. Armeekorps; Festungs-Fußart. Munitionskol. Nr. 13.

Armierungs-Bat. Graudenz; Arbeiter-Bat. Nr. 7; 1. Park-Komp. des Abschnitts I Breslau.

San.-Komp. Nr. 2 des 7. und Nr. 3 des 14. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 1 (ohne Angabe des Armeekorps); Res.-Lazarett Nr. 2 Lübeck; Kriegs-Lazarett-Abt. des Gardekorps.

Train-Abt. Nr. 3; Div.-Brückentrain Nr. 5; Fuhrpark-Kol. Nr. 4 des 2. und Nr. 1 des 20. Armeekorps; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 38, 41; Fleisch-Kraftwagen-Kol. des 9. Armeekorps.

* * *

Die bayerische Verlustliste (Schluß) Nr. 151 meldet Verluste des 3. Fußart.-Reg.; Res.-Fußart.-Regimenter Nr. 1 und 2; 2. und 3. Pion.-Bat.; Luftschiffer-Ers.-Abt.; Ers.-Sanitätskomp.

Die sächsische Verlustliste Nr. 106 veröffentlicht Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 101, 104, 106, 134, 182; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 103, 104, 133, 245; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 102, 104, 106; Landst.-Inf.-Bataillone 1. Dresden, Pirna, 4. Leipzig; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 46, 89; Ers.-Bataillone: Reg. Nr. 104, Res.-Regimenter Nr. 102, 103; Jäger-Bat. Nr. 12; Res.-Jäger-Bataillone Nr. 13, 25; Ers.-Abt. Jäger-Bat. Nr. 12.

Pion.-Bataillone: 1. Nr. 22, 11. Nr. 22; Res.-Pion.-Komp. Nr. 53.

Fernsprech-Abt. des 12. Armeekorps.

Etappen-Fuhrpark-Kol. 3. 19. Armeekorps.

1. Munitions-Kol.-Abt., 12. Armeekorps.

San.-Komp. 3. 19. Armeekorps; Res.-San.-Komp. Nr. 53.

Schwere Proviantkolonne Nr. 2, 12. Armeekorps.

Bezirkskommando Schneeberg.

Nachrichten aus unvollständigen, feindlichen Gefangenenlisten.

Stadtverordnetenversammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Februar 1915, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Michelet nach 5½ Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen früheren Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster Professor Dr. Bellermann eröffnet.

Der für die Vorlage wegen Verlängerung der Nord-Südbahn nach Neukölln und die damit in Verbindung stehenden Abmachungen mit Neukölln zur weiteren Verbesserung der Verkehrsverhältnisse eingesetzte Ausschuß hat nach eingehender Beratung die Magistratsvorschläge einstimmig gutgeheißen. Der Berichterstatter Stadtv. Düring (Fr. Fr.) beantragt demnach, den Entwurf für die Verlängerung der Nord-Südbahn von der Gneisenaustraße bis zum Hermannplatz zu genehmigen und die Kosten mit 12½ Millionen Mark zu bewilligen, ferner dem Vertrage mit Neukölln über Beseitigung des Engpasses in der Hasenheide und am Hermannplatz, Neubau der Thielenbrücke, einheitliche Beleuchtung der Hasenheide und des Kottbuser Dammes und Herstellung eines Zuganges zum Bahnhof Rollnische Heide über Berliner Gebiet zuzustimmen und die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von netto 582 200 M. aus einer neuen Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Ohne Diskussion beschließt die Versammlung nach dem Ausschußvorschlage.

Für den verstorbenen Stadtv. Louis Sachs (Linke) ist in 15. für den verstorbenen Frick (Fr. Fr.) in 8 städtische Verwaltungskörperschaften und Versammlungsausschüsse zu wählen. Außerdem war Frick Beisitzer im Vorstande der Versammlung.

Für Sachs wird in die Sanitätskommission Koblenzer (Soz.) gewählt, für die Stiftungsdeputation ist auch Pfannkuch (Soz.) vorgeschlagen. Stadtv. Cassel (Linke) beantragt, um dem berechtigten Anspruch der Sozialdemokraten entgegenzukommen, die Verstärkung der Deputation um ein Mitglied. Der Antrag wird angenommen; er bedarf zunächst der Zustimmung des Magistrats. Für Frick wählt die Versammlung in das Kuratorium der Ernst-Oppermann-Stiftung Manasse (Soz.). Zum vierten Beisitzerstellvertreter wird Imberg (Fr. Fr.) gewählt.

Um 6 Uhr erfolgt die Wahl eines besoldeten Stadtrats. Mit allen 109 gültigen Stimmen wird Stadtrat Alberti wiedergewählt; 4 Zettel sind weiß.

Im Etatsjahre 1915 sollen auf den städtischen Gütern 18 Baulichkeiten, deren Notwendigkeit durch eine Baubereitungskommission festgestellt worden ist, errichtet werden; die Kosten sind auf 228 690 M. veranschlagt. Mit der Anfuhr der Baumaterialien will der Magistrat schon im Laufe des Winters beginnen lassen.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an.

Zur Vertretung von Steuererhebern und Vollziehungsbeamten sollen je nach Maßgabe des Bedürfnisses bis zu 30 Personen als Hilfssteuererheber und Hilfsvollziehungsbeamte mit Beamteneigenschaft unter dem Vorbehalt der 14tägigen Kündigung ohne Pensionsberechtigung und ohne Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung gegen die Diäten der Bureaugehilfen (4,20 M. den Tag), zuzüglich einer Dienststundenentschädigung von jährlich 500 M. ohne vorherige Anhörung der Versammlung angestellt werden.

Ohne Diskussion wird demgemäß beschlossen.

Für den Bau der landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt Struveshof soll ein Darlehn von 640 000 M. zu 4¼ Proz. und in fünf Jahren zu tilgen, bei der städtischen Sparkasse aufgenommen werden.

Die Zahl der an der freien Mittagspeisung teilnehmenden bedürftigen Gemeindeschulkinder hat sich seit dem Kriegsausbruch derart gesteigert, daß schon Ende Dezember eine Etatsüberschreitung von 137 000 M. eingetreten war. Für Januar—März 1915 hält der Magistrat weitere 213 000 M. für notwendig und legt somit eine Nachforderung von 350 000 M. der Versammlung zur Genehmigung vor.

Stadtv. Böttcher (Fr. Fr.) empfiehlt Ausschußberatung, desgleichen Stadtv. Schulze (Linke), da es angezeigt erscheine, die Einzelheiten der Einrichtung und ihrer jetzigen Handhabung einmal näher zu erörtern.

Stadtv. Leid (Soz.): Wir wären bereit gewesen, der Forderung ohne weiteres zuzustimmen, haben aber nichts gegen eine Ausschußberatung, da wir es für selbstverständlich halten, daß ein größerer Kreis Aufschluß über die Einzelheiten, Beschaffenheit und Nährwert der Speisen, Verwaltung, Kontrolle usw. erhält.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Dem Verein Hoffnungstal beantragt der Magistrat 5000 M. Beitrag zu den Kosten des Baues einer Chaussee von Rüdnitz über Hoffnungstal nach Lobetal zu gewähren. Die Versammlung stimmt zu.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach ½7 Uhr.

Ein Wort zur Berufswahl an die Eltern.

Die Presse berichtete dieser Tage, daß der 16jährige Lehrling Erich Siege aus Berlin sich das Leben genommen habe, weil er gegen seinen Willen zu einem Schneidermeister in Oranienburg in die Lehre gegeben worden sei.

Wohl selten ist das tragische Ende eines jungen Mannes mit so wenigen und trockenen Worten dargestellt worden! Es soll und kann hier nicht die Schuldfrage der Tragödie im engeren persönlichen Sinne untersucht werden.

Das tragische Ereignis verdient über den Rahmen der direkt Beteiligten hinaus Beachtung bei allen Eltern, zumal für viele die Berufswahl gegenwärtig von aktueller Bedeutung ist. Es weist auf einen Fehler hin, dem viele Eltern bei der Berufswahl unbewußt unterliegen und der gewisse Gefahren in sich birgt. Wer mit den Lehrlingsverhältnissen vertraut ist, weiß, daß eine erschreckend große Anzahl von Lehrlingen eine direkte Abneigung gegen die besondere Art ihres Berufes schon seit den ersten Arbeitstagen empfindet. Viele läßt eine falsche Scham die Unlust zum Beruf vor den Eltern verbergen, oder diese suchen mit dem bekannten Wort von den Lehrjahren, die keine Herrenjahre seien, das Unlustgefühl ihrer Söhne zu betäuben.

Die Ursache dieses Unglücks ist oft darin zu suchen, daß bei der Berufswahl die eigene Neigung des Arbeiterkindes zu wenig gewürdigt wurde. Freilich kann der Arbeiterjunge nicht immer den Beruf ergreifen, zu dem er sich hingezogen fühlt. Die sozialen Verhältnisse seiner Eltern beschränken die Wahl auf die sogenannten niedrigen Berufe. Indessen auch diese Berufe sind so verschiedenartig, daß es für den jungen Menschen, abgesehen von den wirtschaftlichen Aussichten und persönlichen Anlagen, nicht gleichgültig sein kann, welchen Beruf er ergreift. Nicht nur Anlage, sondern vor allem Liebe für den Beruf entwickeln die nötige Arbeitsfreudigkeit und Kraft, um die täglichen Widerwärtigkeiten jeder Berufsarbeit, die der junge Mensch doppelt unangenehm empfindet, zu überwinden. Schließlich ist es doch nicht der Vater oder die Mutter, sondern das Arbeiterkind, das sich sein Leben lang mit dem erwählten Beruf abzufinden hat! Mit Recht sagt darum Otto Ernst, der Pädagoge irgendwo: „Ich wüßte kaum etwas, was mir ferner läge, als Missionar bei den Chinesen zu werden; aber wenn meinen Sohn das Herz triebe, Missionar bei den Chinesen zu werden, so würde ich ihm keinen Augenblick hinderlich sein. Man kann sich kaum schwerer an seinen Kindern versündigen, als wenn man ihnen einen Beruf aufzwingt, den sie nicht lieben; man vergiftet damit ihr Bestes, ihre Schaffenskraft, an der Quelle."

Die Eltern neigen nur allzu leicht zu der Auffassung, der Junge habe noch nicht die nötige Reife, bei der Wahl seines Berufes ein gewichtiges Wort mitreden zu dürfen. Das ist nur insoweit richtig, als der Jugendliche zur Zeit der Schulentlassung von den Aufgaben und Erfordernissen der verschiedenen Berufe, besonders der, die in der Oeffentlichkeit nicht hervortreten, nur eine schwache Vorstellung hat. Trotzdem kann er für einen bestimmten Beruf ein besonderes Interesse besitzen.

Auch die Vorstellungen, die die Arbeitereltern sich von den verschiedenen Berufsarten machen, stützen sich gewöhnlich nur auf mehr oder weniger zuverlässige Mitteilungen.

Es sollte eine der wichtigsten Aufgaben unserer Volksschule sein, die Arbeiterjugend für die Berufswahl vorzubereiten. Durch Vorträge und sachverständige Führung durch Fabriken, Werkstätten, industrielle und landwirtschaftliche Anlagen usw. müßte den Schülern im letzten Schuljahre ein Einblick in den inneren Produktionsprozeß der verschiedenen Berufe gewährt werden. Die Schulärzte, die den Gesundheitszustand der einzelnen Schüler am besten kennen, müßten bei der Berufswahl als Berater herbeigezogen werden.

Für die Konfirmation hält man bekanntlich eine besondere Vorbereitung, auf die im letzten Schuljahre 50 Stunden verwendet werden, für erforderlich. Eine Einführung der Arbeiterjugend in das komplizierte Getriebe des wirtschaftlichen Lebens vor der Schulentlassung ist gewiß ebenso notwendig. Sie würde die Berufswahl wesentlich erleichtern und vielleicht auch dazu beitragen, die große Zahl derer, die heute auf falschem Posten stehen, herabzumindern, soweit es die sozialen Verhältnisse gestatten. Manches persönliche Unglück würde dadurch verhütet werden und unsere Volkswirtschaft hätte schließlich den größten Nutzen davon.

Aus Groß-Berlin.

Im Museum für Säuglingskunde.

Ein nicht sehr geräumiges, aber inhaltlich für allerweiteste Kreise ungemein wertvolles und trotzdem der großen Menge leider noch fast unbekanntes Museum befindet sich im Erdgeschoß des schönen Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses in Charlottenburg, zwischen dem dortigen Schloß und dem städtischen Krankenhause in der Mollwitz-Privatstraße. Wie das ganze Viktoria-Haus der medizinalpraktischen Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche gewidmet ist, so soll das Museum für Säuglingskunde auf diesem in unsere Volkswohlfahrt so tief einschneidenden Gebiete belehrend und aufklärend wirken. Es ist zur Erfüllung dieses Zweckes um so leichter geeignet, als hier mal, abweichend von den meisten anderen medizinischen Museen, der einschlägige Belehrungsstoff in wirklich volkstümlicher, für jedermann leicht faßlicher Form dargestellt ist. Frauen und Mütter, aber auch alle anderen Laien-Interessenten, sehen sich vor einer Fundgrube gemeinnützigen und für das eigene Leben bedeutungsvollen Wissens, vor der praktischen, übersichtlichen Anleitung, unsere Kinder gesund zur Welt zu bringen und in den so wichtigen ersten Entwickelungsjahren gesund zu erhalten oder das Kranke am Kinde leicht zu erkennen und in seinen unheilvollen Folgen zu beschränken.

Um einen freien Mittelraum gruppieren sich acht Abteilungen. Wir sehen an zahlreichen natürlichen Föten in Spiritus die Entwickelung der gesunden menschlichen Frucht bald nach der Empfängnis bis zur Geburtsstunde, ferner Frühgeburtsföten, Zwillinge noch in den Eihäuten, die Entwickelung des Skeletts beim Fötus, auch das Skelett des Neugeborenen im Vergleich zum Skelett eines gleichgroßen Affen, in Spiritus alle edlen Innenorgane, Gehirne und das Zentralnervensystem Neugeborener. Die Abteilung für allgemeine Gesundheitspflege zeigt uns vor allem die Erscheinungen der Pocken- und Schutzimpfung, den Unterschied zwischen Scharlach und Masern, durchweg in guten Wachspräparaten. Besonders praktisches Interesse hat die Gruppe für Säuglingspflege ohne Berücksichtigung der Ernährung. Da ist wohl nichts wesentliches vergessen und auch auf die sozialen Verhältnisse Bedacht genommen, von der einfachsten Kinderwäsche und Kinderbettstelle, dem „Schnuller" und dem „Strampelsack", bis zur „Krabbelbox mit Fliegenschutz".

Große Photographien erläutern, wie der Säugling seine ersten Gehversuche machen muß, wie er zu tragen ist und nicht getragen werden darf. Mit sozialmedizinischem Weitblick sind dieser Abteilung auch 24 Bilder aus der bekannten Wohnungsenquete der ehemaligen Ortskrankenkasse der Kaufleute mit ihren dunkelsten Schattenseiten und 10 Bilder von den menschenwürdigen Arbeiterwohnungen der Baugenossenschaft Ideal in Berlin-Britz hinzugefügt. Welchen bedeutsamen Einfluß gerade auch das Wohnungswesen auf die Säuglingspflege und Säuglingssterblichkeit hat, ist ja längst erkannt. In dieses Spezialgebiet fallen auch die schönen Abbildungen der Tagkrippen des Berliner Krippenvereins und der Fabrikkrippen der Mechanischen Weberei in Linden-Hannover, der Schwangeren- und Wöchnerinnen-, Mütter- und Säuglingsheime, der Säuglings-Fürsorgestellen und Milchküchen.

Vorzüglichen Anschauungsunterricht geben die beiden Abteilungen für natürliche und künstliche Ernährung des jungen Kindes. Brustpflege, Brustkrankheiten, Milchkunde, Stuhlgang des Säuglings — alles das und vieles andere ist in packend natürlicher Darstellung vertreten. An Affen und Meerschweinchen in Spiritus, deren Innenorgane bloßgelegt sind, sieht man, wie durch die Milch die Tuberkulose übertragen wird. In der siebenten Abteilung für Krankheitslehre faßt uns der Kindheit ganzer Jammer ans Herz. Der kleine Raum mit seiner Tragik kann auf schwache Nerven fallen und ist doch zur Volksaufklärung so nötig. In mehr als hundert Spiritus- und Wachspräparaten sind sämtliche Kinderkrankheiten veranschaulicht, zum Teil schon im Fötus, auch eine Totgeburt bei Lues. Eine kleine Nebengruppe zeigt Mißbildungen in Wachs, so zusammengewachsene Zwillinge, ein Mädchen mit zwei Köpfen, ein Kind mit Rückenmarksspalt. Zum Abschluß bietet die dem Kinde in der Kunst gewidmete achte Abteilung wieder einen hellen Lichtblick.

Das Museum ist an fünf Wochentagen von 9 bis 3 Uhr, Freitags und Sonntags von 10 bis 7 Uhr geöffnet. Der Wochenbesuch kostet pro Person 60 Pfennig, der Sonntagsbesuch ist unentgeltlich. Jeden Freitag um 4¼ Uhr findet ärztliche Führung statt. Vereine wollen sich wegen gemeinsamen Besuchs an die Direktion wenden.

Wohnungswesen und Städtebau.

Die diesjährige Reihe der gewerblichen Einzelvorträge, welche in der Aula der Handels-Hochschule Berlin veranstaltet werden, eröffnete am Mittwoch, den 10. Februar Professor Dr. Rud. Eberstadt mit einem Vortrag über Wohnungswesen und Städtebau in der neuzeitlichen Großstadt. Vortragender ging davon aus, daß in der Kriegszeit die neuen Erkenntnisse gewaltig auf uns einströmen und überall sich neue Erfahrungen hervordrängen. Das Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens dürfte indes eine Ausnahme bilden. Hier ist seit dem Kriegsausbruch nichts eingetreten, das nicht von der Wissenschaft vorausgesehen war und das nicht den längst vor dem Kriege gewonnenen Erkenntnissen entspricht. Höchstens könne man sagen, daß der Krieg einzelne Mißstände deutlicher habe hervortreten lassen. Die unbefriedigende Gestaltung unserer städtischen Bodenentwickelung beruht nicht auf Einzelmaßnahmen, sondern auf einem geschlossenen System. Das herrschende System unseres Städtebaues ist undeutsch in allen seinen Teilen und seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts aus dem Auslande übertragen: was unter der Erde ist, wurde aus England, was über der Erde ist aus Frankreich importiert.

Der Vortragende zeigte an zahlreichen Beispielen die Entwickelung des neueren Städtebaues in unseren Großstädten und erörterte die grundlegenden Einrichtungen auf den Gebieten des Bebauungsplanes, der Bauordnung und des Realkredits. Schon vor dem Kriege waren Maßnahmen der Städtebaureform eingeleitet. Das preußische Wohnungsgesetz liegt dem Landtage vor; zum Studium der Realkreditverhältnisse ist eine Kommission vom Reichskanzler einberufen. Gleichwohl glaubt der Vortragende, daß eine durchgreifende Besserung der Mißstände in unserem Wohnungswesen erst dann eintreten wird, wenn die Interessenten selbst erkannt haben, daß das bestehende System ihnen auf die Dauer zum Schaden gereicht. Es scheint, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr allzu fern liegt und daß die Lehren des Krieges den Nächstbeteiligten im Bodengewerbe und im Hausbesitz die Nachteile des heutigen Systems deutlich zur Kenntnis bringen.

Um die Brotkarte.

Die in den nächsten Tagen zur Einführung gelangende Brotkarte dürfte für manchen Einwohner einige Unbequemlichkeiten mit sich bringen. Es wird nirgends Brot oder anderes Gebäck verabfolgt werden, wenn nicht eine Brotkarte abgegeben wird. Am einfachsten wird sich die Sache noch im Haushalt gestalten. Hier muß aber streng darauf geachtet werden, daß die Brotkarten nicht verlegt werden, sonst entstehen erhebliche Scherereien. Jede Brotkarte erhält eine Nummer, die mit einer anzulegenden Liste korrespondiert und nach Ablauf der Karte umgewechselt wird.

Schwieriger gestaltet sich die Sachlage für diejenigen, die auf Restaurants angewiesen sind. Sie tun am besten, ihr Brot mitzubringen. Selbst da wo Brötchen abgegeben werden, wird eine Brotkarte abgefordert werden, die auch Anweisungen auf kleineres Gebäck enthält. Kurios wird sich der Brotverbrauch gestalten, wenn irgend jemand Besuch erhält. In diesem Falle wird nichts anderes übrig bleiben, entweder auf Brotgenuß zu verzichten oder der Besuch wird sich sein Brot mitbringen müssen. Die Brotmarken laufen am Wochenschluß ab. Es ist unzulässig, die Marken in der zweiten Woche zu verwenden. Es werden in Berlin etwa 170 Bezirke gebildet werden, in denen die Regelung der Brotmarkenfrage erfolgt. An der Spitze jeder Kommission wird ein Rektor stehen, dem mehrere Ehrenbeamte zur Seite stehen. In einem bestimmten im Bezirk belegenen Lokal werden die Geschäfte der Brotkommission abgewickelt werden.

•

Ueber die Organisation gehen uns noch folgende Mitteilungen zu:

„Die Rektoren von Gemeindeschulen übernehmen die Leitung der Kommissionen. Jede Kommission, der etwa 150 Häuser mit rund 10—11 000 Bewohnern unterstellt werden, besteht aus einem halben Dutzend Vertrauensmännern, denen eine bezahlte Kraft zur Seite steht, damit das Publikum stets eine schnelle Auskunft erhalten kann auf Anträge und Wünsche. Die Hausbesitzer sind verpflichtet, alle Listen auszufüllen und durch Vermittelung der Kommission die Verteilung ordnungsgemäß vorzunehmen. Wegen der gebotenen Eile und technischen Schwierigkeiten werden die Karten für die beiden ersten Wochen zusammen verteilt. Für Groß-Berlin sind daher acht Millionen Karten erforderlich. Später sollen alle sechs Wochen Karten verteilt werden. Jede Karte gilt für eine Woche und ist durch den Wechsel der Farbe sofort kenntlich. Familienkarten gibt es nicht, sondern nur Einzelkarten. Die so vom Magistrat getroffenen Einrichtungen sind derart einfach geregelt, daß bei hingebender Mitwirkung aller Hilfsorgane und aller Bevölkerungsklassen die Regelung am 22. d. Mts. in Wirksamkeit treten kann. Die Karten sind nicht übertragbar. Die Bäckermeister sind durch schwere Strafen behindert. Brot ohne Kartenausweis abzugeben. Im Interesse der Bäckermeister liegt es, Brot nur gegen Brotkarten zu verabfolgen. Sie erhalten auch Mehl nur gegen Rückgabe der Karten. Ein Bäcker, der ohne Karten Mehl oder Brot verabfolgt, würde sich selbst schädigen und außerdem strafbar machen.

Zwischen Berlin und den Vororten mit 25 000 Einwohnern herrscht völlige Uebereinstimmung. Sie gehen Hand in Hand. Es ist zu erwarten, daß auch die übrigen Gemeinden Groß-Berlins mit städtischem Charakter sich dieser Regelung baldigst anschließen. Zu erwähnen ist noch, daß auch für Hotelgäste Tagesbrotkarten ausgegeben werden, dagegen darf in den Restaurants Brot nur gegen Entgelt verabfolgt werden. Die Gäste müssen also entweder ihre Karten mitbringen oder es muß ihnen anheimgestellt werden, selbst Brot mitzubringen.

Aenderungen der Höchstpreise für Mehl.

Von der Handelskammer Berlin erhalten wir folgende Zuschrift:

Mit Rücksicht auf wiederholte Anfragen teilen wir nachstehend eine uns amtlich zugegangene Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken mit:

Oberkommando in den Marken — Berlin, den 6. Februar 1915.

Entsprechend den veränderten Verhältnissen werden von heute ab die von mir am 19. August 1914 — O 1420 — für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin bestimmten Höchstpreise für den Verkauf von Mehl in gewerblichen Verkaufsstellen folgendermaßen erhöht:

für ein Pfund Roggenmehl von 20 Pf. auf 24 Pf.
für ein Pfund Weizenmehl von 24 Pf. auf 27 Pf.

Der Höchstpreis gilt nicht für Weizen-Auszugsmehl.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
gez. v. Kessel, Generaloberst.

Aenderungen im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr.

Vom nächsten Sonntag ab werden an Sonn- und Festtagen auf der Stadt- und Ringbahn sowie den anschließenden Vorortstrecken mehrere Züge nicht mehr verkehren. Auf dem Südring fallen sämtliche Vollringzüge, die zwischen Papestraße und Ebersstraße direkt verkehren und Schöneberg nicht berühren, aus. — Ein neuer Nordringzug verkehrt vom 12. Februar ab (erstmalig in der Nacht vom 12. zum 13.) ab Westend 11 Uhr 59 Minuten nachts, an Westend 1 Uhr 25 Minuten früh.

Burgfrieden und Berliner Stadtmission.

Vor etwa Jahresfrist waren wir genötigt, Stellung zu nehmen zu einem Flugblatt der Berliner Stadtmission, das folgende Sätze enthielt:

„Lieber Freund! Merkst Du noch nichts von der Gefahr, die unserem Volke, die Deinem Volke droht, und zwar — von Berlin her?

„Wie", fragst Du, „von Berlin her? Was geht uns Berlin an?"

So? Das geht Dich nichts an, was in Berlin passiert? Berlin liegt doch nicht auf dem Monde, sondern ist das Herz des Landes, das Auge des Volkes. Und was heute in Berlin passiert, das tragen morgen der „Vorwärts" oder die „Volksstimme" oder andere Blätter in modernster Frisur hinaus ins ganze Land. Und die Hetzartikel über Ausbeutung und Verelendung der Massen, über Junkerherrschaft und Pfaffenwirtschaft, über den Massenstreik gegen die Kirche, deren Segnungen und Wohltaten als „Bettelsuppen fürs ausgebeutete Proletariat" verhöhnt und verlacht werden; all die bösen Lehren, die in diesen Blättern täglich sorgsam ausgestreut werden, suchen und finden überall fruchtbaren Boden."

Was gegen diese Auslassungen zu sagen war, haben wir vor einem Jahre gesagt; heute können wir das Gesagte in Rücksicht auf die jetzige Zeit nicht wiederholen. Was soll man aber dazu sagen, wenn dasselbe Flugblatt in gleichem Wortlaut dem „Sonntagsfreund" vom 24. Januar 1915 erneut beigelegt wird? Wie ist ein solches Verfahren zu vereinbaren mit dem Grundsatz in der jetzigen schweren Zeit polemische Erörterungen und Angriffe auf bestimmte Parteien zu vermeiden? Und dann: das Flugblatt wird schließlich durch ewige Wiederholung doch auch nicht besser.

Ein Kind verbrannt.

Ein schreckliches Brandunglück hat sich in der Provinzstraße in Reinickendorf ereignet. Das zweijährige Töchterchen Erna des Arbeiters Hartung, der gegenwärtig im Kriege ist, hatte während der Abwesenheit der Mutter in der Küche mit Streichhölzern gespielt. Dabei entzündete sich ein Streichholz und die Kleider der Kleinen fingen Feuer. Schreiend rannte das Kind nach dem Schlafzimmer, wo dann auch noch die Betten in Brand gesetzt wurden. Als Nachbarsleute auf den Brandgeruch hin in die Wohnung eindrangen, sahen sie die kleine H. in hellen Flammen stehen. Man erstickte das Feuer durch Ueberwerfen von Decken, doch war es bereits zu spät. Das Kind hatte am ganzen Körper so furchtbare Brandwunden erlitten, daß es kurz darauf starb.

Todessturz aus dem dritten Stockwerk.

Die Verzweiflungstat einer jungen Lebensmüden rief gestern in der Brüderstraße in Steglitz Aufsehen hervor. Die achtzehnjährige Martha Göricke, die bei der Rentiere B., Brüderstr. 21, bedienstet war, stürzte sich aus der im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße hinab und blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem Bürgersteig liegen. Man brachte die Lebensmüde schleunigst nach dem Stubenrauch-Krankenhaus, doch bereits auf dem Transport erlag sie den Folgen der schweren Verletzungen, die sie bei dem Sturz davongetragen hatte. Was das junge Mädchen in den Tod getrieben hat, weiß man nicht.

Zwillinge verbrannt.

Als am Mittwochabend die in der Luisenstraße 3 zu Rixdorf wohnhafte Ehefrau des Metallarbeiters Stahn die Wohnung verlassen hatte, geriet ein an einem eisernen Ofen hängendes Handtuch in Brand. Die Flammen setzten auch das daneben stehende Bett, in dem sich die beiden sechs Monate alten Zwillinge des Ehepaares befanden, in Brand. Das Feuer wurde bald gelöscht, die Kinder hatten jedoch so schwere Wunden davongetragen, daß sie noch in der Nacht ihren Verletzungen erlagen.

Brotkalamität in Spandau.

Seit zwei Tagen hat die Großbäckerei Bühl in Spandau, die täglich 4000 Brote herstellte, ihren Betrieb eingestellt. Es war ihr unmöglich, Mehl zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Die Be-

schaffung von Mehl durch den Magistrat war auch nicht möglich, da anscheinend in dieser Hinsicht keine Vorsorge getroffen ist. Durch diese Betriebseinstellung waren die kleinen Bäckereien auch nicht annähernd in der Lage den Andrang zu bewältigen. Sie beschränkten sich darauf, nur halbe Brote zu verkaufen.

Auch die Mehlvorräte der kleinen Bäckereien sind nur gering, so daß es Pflicht des Magistrats ist, unverzüglich Maßnahmen zur Brotversorgung zu treffen.

Vom Kartoffelverkauf der Stadt Berlin.

Ueber die Kartoffelverkaufsstelle in der Wörther Straße (ehemaliges Markthallengrundstück) geht uns die Klage zu, daß dort am Dienstag der Verkauf schon am frühen Vormittag aufgehört habe, obwohl im Keller noch bedeutende Kartoffelvorräte bereitgelegen hätten. Zu einer Zeit, wo man in der Wörther Straße schon die Kauflustigen abwies, sei vor dem an der Treskowstraße gelegenen Eingang desselben Grundstücks beobachtet worden, daß Kartoffeln aus dem Keller herausgebracht und auf einen Wagen der Firma Aschinger geladen wurden. Ein abgewiesener Kauflustiger, der sich Zutritt zu dem Keller verschaffte, konnte feststellen, daß darin große Mengen von Kartoffeln lagerten. Diese Beobachtungen sind richtig, unzutreffend ist aber der daran geknüpfte Schluß, daß der zum Verkauf bereitgestellte Vorrat noch nicht ausverkauft gewesen und daß nach Abweisung kleiner Verbraucher hintenherum an den großen Abnehmer Aschinger weiterverkauft worden sei. Wir erfahren, daß die Firma Aschinger für den ihr übertragenen Betrieb der Bürgerspeisehallen, die ein vom Roten Kreuz eingerichtetes und von der Stadt Berlin unterstütztes gemeinnütziges Unternehmen sind, schon vor einiger Zeit sich große Mengen von Kartoffeln bei der Güterverwaltung Berlins gesichert hat und nun diese in dem Keller lagernden Vorräte nach und nach abholt. Die Firma hält den Betrieb der Bürgerspeisehallen ohnedies getrennt von ihren eigenen Gastwirtschafts- und Hotelbetrieben, sie hat sich aber noch ausdrücklich verpflichten müssen, die ihr für die Bürgerspeisehallen überlassenen Kartoffelvorräte wirklich nur für diese zu verwenden. Große Abnehmer können ihren Kartoffelbedarf jetzt nicht mehr so ohne weiteres bei den Verkaufsstellen der Stadt decken, weil dort bei jedem einzelnen Kauf nur noch bis höchstens 50 Pfund abgegeben werden.

Kosten der Lichtenberger Kriegsfürsorge.

Die von der Stadt bis zum 31. Dezember 1914 gemachten Aufwendungen für Kriegsfürsorge verteilen sich folgendermaßen:

I. Für Kriegsteilnehmer: An Reichsunterstützung 616 805 M., Gemeindezuschuß 713 569 M., Mietsbeihilfe 82 294 M., Gehälter 8 460 M. und an Löhnen 12 683 M.

II. Für Arbeitslose: An Naturalien 145 497 M., Bargeld 120 276 M. und an Mietsbeihilfe 36 906 M.

III. Sonstiges: Für Verwundetenpflege 14 866 M., Verschiedenes 58 957 M. und für warme Unterkleidung 13 799 M.

Insgesamt wurden bisher **1 818 612** M. ausgegeben.

Das sind enorme Lasten, verglichen mit der Steuerkraft der Bevölkerung. So waren im Jahre 1912 von den 143 000 Einwohnern 44 529 Steuerzahler, die an Einkommensteuer 1 106 930 M. aufbrachten, also pro Kopf 7,74 M. Diese Steuerzahler gehören aber zum allergrößten Teil den minderbemittelten Volksschichten an. Nur 2545 Steuerzahler bringen es zu einem Einkommen von über 3000 M. Sie zahlen insgesamt 313 273 M. Steuern, was einer Durchschnittsleistung von 123,1 M. entspricht. Die übrigen 41 984 Zahler erreichen nur ein Einkommen zwischen 900—3000 M. Sie zahlen durchschnittlich 18,95 M., insgesamt 793 657 M. Steuern.

Waren auch im Etat von 1914 höhere Steuerbeträge eingestellt worden, so dürfte doch der Ausfall durch den Krieg so hoch sein, daß kaum die Beträge des Jahres 1912 einkommen werden.

Kartoffelverkauf der Gemeinde Weißensee.

Die Gemeinde verkauft am Sonnabend, den 13., und Montag, den 15. d. Mts., nachmittags von 12—1/2 6 Uhr Kartoffeln zum Preise von 4 M. pro Zentner. Die Kartoffeln werden nur in Mengen von 1/4 oder 1/2 Zentner abgegeben. Die Verkaufsstellen befinden sich Langhansstr. 103 und Pumpstation, Pistoriusstraße.

Stiftung für Kriegsinvaliden in Pankow.

Da sich der von der Gemeinde beabsichtigten Ueberführung des in Polen gefallenen Bürgermeisters Kuhr fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten, so wurde beschlossen, von der Ueberführung der Leiche Abstand zu nehmen. Als dauernde Ehrung soll eine „Bürgermeister-Kuhr-Stiftung für Kriegsinvaliden" gegründet und hierfür als Grundstock die Summe von 5000 M. bereitgestellt worden. — Den Ausschuß für die Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs bilden die dem Kriegsausschuß angehörenden Personen unter Hinzuziehung der Gemeindeschöffen. Bei dieser Gelegenheit wies Genosse Kubig auf den enormen Unterschied zwischen den festgesetzten Mehl- und Brotpreisen zuungunsten der Brotverbraucher hin. Der gewählte Ausschuß müsse energisch dahin wirken, die Brotpreise herabzumindern. — Der Kreis Niederbarnim kürzt oder verweigert in verschiedenen Fällen die Unterstützungen für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Das hat eine Reihe der früheren Arbeitgeber der Kriegsteilnehmer veranlaßt, die diesen bewilligten Kriegsbeihilfen nicht mehr weiter zu zahlen. Die Gemeindevertretung beschloß daher, die vom Kreise verweigerte Differenz aus Gemeindemitteln zu leisten.

Fliegerabsturz in Johannisthal.

Auf dem Flugplatz Johannisthal hat sich am Donnerstagvormittag ein schwerer Unfall ereignet. Der Flieger Guschkat, der bisher nur Eindecker gesteuert hatte, wollte gegen 9 Uhr vormittags mit einem Doppeldecker seinen ersten Aufstieg machen. Nach mehreren Runden wollte G. in etwa 50 Meter Höhe in die Kurve gehen. Dabei neigte sich die Maschine seitlich zu weit über, der Doppeldecker rutschte ab und der Flieger geriet unter die Trümmer des Flugzeuges. Die herbeieilenden Sanitätsmannschaften des Flugplatzes kamen dem Verunglückten zu Hilfe und brachten ihn im Automobil in das Köpenicker Krankenhaus, wo die Aerzte mehrere Brüche beider Beine sowie innere Verletzungen feststellten.

Exmission einer Kriegerwitwe.

Zu der Notiz in Nr. 36 äußert sich die darin erwähnte Hauseigentümerin. Sie schreibt uns:

Berlin, den 10. Februar 1915.

Antwort auf die Exmission einer Kriegerwitwe!

Die Mietsunterstützung der Frau Marie Looke geb. Mai ist seitens der Behörde wegen nicht vorliegender Bedürftigkeit mit Recht abgelehnt worden, weil 1.) Frau Looke im Besitz eines Privatvermögens ist und auch ihren Beruf als Pflegerin erfüllt sowie Unterstützung erhielt, 2.) hat Frau Looke sich höchst ungebührlich auf der Straße mir gegenüber benommen. Daß Frau Looke diese kleine Miete hätte zahlen können, beweist, daß sie die Leiche ihres Ehemannes nach hier überführen lassen konnte. Frau Looke war Mietserlasses keinesfalls bedürftig gewesen. Die Räumungsklage habe ich nur deshalb erhoben.

Frau Banner, Demminer Str. 26.

Daß Frau Looke die Leiche hierher bringen ließ, ist nicht neu; es wurde bereits in unserer Notiz mitgeteilt. Auch das haben wir hervor, daß Frau Banner der Meinung gewesen war, die Kriegerwitwe könne die volle Miete zahlen. Frau Banner bestreitet von allen unseren Angaben keine einzige. Zum besseren Verständnis ihrer Erwiderung wolle man jene Notiz noch einmal nachlesen.

Großfeuer in einer Metallwarenfabrik.

Ein gewaltiger Fabrikbrand, der einen Schaden von mehreren Hunderttausend Mark verursachte, kam gestern in früher Morgenstunde auf dem Grundstück Skalitzer Str. 83 im Südosten Berlins zum Ausbruch und beschäftigte die Feuerwehr mehrere Stunden lang. Das Feuer zerstörte einen großen Teil der Metallwarenfabrik von Ed. Sommerfeld; der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Im einzelnen wird uns über den Brand folgendes berichtet:

Die Fabrikräume der Firma Ed. Sommerfeld befinden sich in den vier Etagen des ersten und zweiten Quergebäudes und in einem dazwischen liegenden Seitenflügel. Als der Wächter der Fabrik Mittwochabend um 10 Uhr seine letzte Runde machte, fand er alles noch in bester Ordnung. Das Feuer ist vermutlich erst später entstanden. Gestern morgen, wenige Minuten vor 5 Uhr wurde die Gefahr bemerkt, als aus dem ersten Stock des ersten Quergebäudes Flammen herausschlugen. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, die mit dem achten Löschzug aus dem nahen Depot in der Reichenberger Straße herbeieilte. Inzwischen hatte sich das Feuer aber schon beträchtlich ausgedehnt und die Flammen sprangen auch auf den zweiten Stock über. Der Branddirektor zog daher durch den Alarm „Mittelfeuer" noch weitere Löschzüge zur Verstärkung heran, so daß schließlich sieben Züge auf der Brandstelle versammelt waren. Der erste Angriff war mit Schwierigkeiten verknüpft, da sowohl der erste wie der zweite Hof mit Kisten verstellt war, die zum Teil erst fortgeräumt werden mußten. Es trat eine Schlauchleitung nach der anderen in Tätigkeit und in kurzer Zeit wurde aus zehn Rohren Wasser gegeben. Trotzdem wurde auch der dritte und vierte Stock und der Dachstuhl des Gebäudes vom Feuer ergriffen, so daß die oberen drei Etagen ein einziges Feuermeer bildeten. Für die Löschmannschaften bestand die Hauptaufgabe darin, den auf dem zweiten Hof angrenzenden Seitenflügel und das zweite Quergebäude zu schützen. Die Hitzeentwicklung war so stark, daß die Fenster dieser Gebäude fast sämtlich zersprangen. Schon fing der am ersten Quergebäude liegende Teil des Seitenflügels zu brennen an, und nur unter den größten Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, das Feuer an dieser Stelle aufzuhalten. Zwei Rohre stärksten Kalibers schleuderten hier ungeheure Wassermengen in die Gluten. Aber nur langsam war ein Erfolg zu spüren. Der Inhalt des ersten Quergebäudes und die dicken Holzbalken und Verschalungen der Zwischendecken boten den Flammen überreichliche Nahrung. Eine Unmenge Materialien, ein größerer Posten Leder, fertige Waren aller Art und eine große Anzahl Maschinen, Drehbänke, Balanciers und Planierbänke sind von dem Feuer verzehrt oder zerstört worden. Die Zwischendecken in den oberen drei Stockwerken sind vollkommen verschwunden, sodaß man vom ersten Stock bis zum Himmel sehen kann. Erst gegen 8 Uhr, also nach dreistündiger harter Arbeit, war das Feuer erstickt. Dann folgten aber die langwierigen Aufräumungsarbeiten, die noch den ganzen Tag in Anspruch nehmen dürften. Die erschöpften Mannschaften wurden am vormittag durch frische abgelöst. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen.

Aufwendung der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Mehr als eine Million Mark hat bisher die Landesversicherungsanstalt Berlin für soziale Zwecke während des Krieges verausgabt. Davon entfallen über 3/4 Millionen auf die Arbeitslosenunterstützungen, abgesehen von den Erstattungen an den Magistrat für Auslagen der Gewerkschaften. Rund 12 000 M. sind an Mietsbeihilfen gewährt worden und 83 000 M. an gemeinnützige Vereine. Die Ausgaben für Liebesgaben an das Heer zur Weihnachtszeit beliefen sich auf 106 000 M., wozu noch rund 5000 M. für die im Felde stehenden Beamten der Versicherungsanstalt kommen. Die Invalidenrentenbewegung setzte bei Beginn des Krieges stark ein, schwächte sich aber in den letzten Monaten infolge günstigerer Gestaltung der wirtschaftlichen Lage ganz erheblich ab. Dagegen nimmt die Hinterbliebenenfürsorge von Woche zu Woche an Umfang zu. In den ersten Tagen des Februar gingen bei uns über 30 Anträge von Hinterbliebenen gefallener Krieger ein.

Straßenunfall. An der Ecke der Landsberger und der Kurzestraße wollte in der Nacht zu Donnerstag ein Herr Gustav Wilde einen Straßenbahnwagen der Linie 64 während der Fahrt besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem rechten Fuß unter den seitlichen Schutzrahmen. W. erlitt eine starke Quetschung des Fußes und erhebliche Hautabschürfungen am Kopf. Durch Anheben des Wagens wurde der Verunglückte befreit.

Arbeiterbildungsschule. Heute Freitag, den 12. Februar, findet der zweite Vortrag des Kursus „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung" statt. Vortragender Genosse Dr. H. Duncker. Hörer werden noch aufgenommen. Die Anmeldung erfolgt im Schullokal: Restaurant von Heinrich Große Frankfurter Straße 30, zu Beginn des Vortrages um 8 1/4 Uhr. Zu diesem Kursus haben die Berechtigungskarten Gültigkeit, die im IV. und V. Wahlkreis ausgegeben worden sind.

Die akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter veranstalten am Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 1/2 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer, einen Kunstabend unter Mitwirkung von Herrn Konzertsänger Paul Bronsch (Tenor), Herrn Werner Schott (Rezitation), des gemischten Chores „Heimatklänge" und folgender Mitglieder der Akademischen Orchester-Vereinigung: Max Wachsmann, Dirigent des Blüthner-Orchesters, (1. Violine) Max Saenger (2. Violine), Hans Hartwieg (Bratsche), Lajos Schuck (Cello) und Jacobi (Klavier). An den künstlerischen Teil schließt sich ein gemütliches Beisammensein an. Der Eintrittspreis (einschl. Programm) beträgt 20 Pf., die Gebühr für Garderobe 20 Pf.

Kleine Nachrichten.

Sinnloser Völkerhaß.

Wie sehr der gegenwärtige Krieg in manchen Kreisen Symptome des blindesten Hasses ausgelöst hat, beweist ein Artikel, den wir in unserem Kottbuser Parteiblatt, der „Märkischen Volksstimme" vorfinden. Ein in Frauendorf, Kreis Kottbus, wohnhafter Rittergutsbesitzer verschickte gedruckte Anschreiben folgenden Inhalts:

Hoch Deutschland!

Nachdem es erwiesenermaßen feststeht, daß England, hinter den Kulissen arbeitend, diesen Weltkrieg auf dem Gewissen hat, weil es dem aufstrebenden Deutschland seine Erfolge nicht gönnte, ist in unserem Volke der Haß und die Verachtung gegen die Engländer nunmehr zum Durchbruch gekommen. Diese berechtigte Verachtung muß im deutschen Volke, wenn irgend möglich, erhalten bleiben und auch ferner zum Ausdruck kommen, und zwar derart, daß unsere Kinder und Kindeskinder fortwährend an dieses perfide Volk der Engländer erinnert werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt unter anderem:

„Es gibt kein Volk auf der Erde, für das als Ganzes wie im einzelnen der Begriff des Pharisäers so lückenlos paßte, wie auf den Engländer. Jeder Pharisäer ist aber eine wandelnde Lüge und ein verkörperter Grundsatz der Unsittlichkeit. Dieses Reich der Lüge jetzt zu bekämpfen, ist dem deutschen Volke nicht nur eine Sache der Ueberlegung, sondern des Herzens. Die alte verderbliche und trügerische Phrase von der Stammesverwandtschaft, von „gemeinsamen Kulturidealen" sind, dem Himmel sei Dank, verschwunden. Mögen alle Deutschen, die sich bis vor wenigen Wochen noch dadurch und durch echt deutsche Schwärmerei für englisches Wesen umnebeln ließen, jetzt ihren Irrtum durch verdoppelten Haß gegen England wieder gutzumachen versuchen."

Ich habe deswegen einer Anregung von Landsleuten folgend, in meinem landwirtschaftlichen Betriebe die Düngerstätte — den Misthaufen — „Engländer" getauft.

Deutsche Patrioten, deutsche Landleute, tut alle dasselbe, nennt Euern Misthaufen fortan „Engländer" und sorgt dafür, daß es bei dieser Benennung bleibt, damit unsere kommenden Geschlechter dauernd an das schlechteste Volk, welches die Erde trägt, erinnert werden.

Hitze, Frauendorf.

Diese Anschreiben wurden im Landkreise Kottbus vielfach von Gemeindedienern verteilt. Gleichzeitig erhielten die Einwohner ein Plakat ausgehändigt, dessen Aufschrift so lautet:

Der Misthaufen heißt von jetzt ab
„Engländer"
und soll für alle Zeiten so benannt werden.

Auf dem Hofe anzubringen.

Wie unser Bruderblatt berichtet, hat dieses sinnlose Treiben des Herrn Hitze und seiner Nachahmer auch bei ländlichen Einwohnern Empörung hervorgerufen. Von deutscher Gesittung spricht es sicher nicht, wenn über ein feindliches Volk in so geschmackloser Art geurteilt wird, und mit deutschem Patriotismus hat ein solches Vorgehen erst recht nichts zu tun.

Ein erschütterndes Familiendrama

hat sich in Kiel zugetragen. Eine dort wohnende Ehefrau brachte in einem Anfall von Geistesstörung ihre beiden Knaben im Alter von 11 und 2 Jahren um und erhängte sich dann selbst. Sie schickte ihre kleine Tochter zur Schule, gab ihr den Korridorschlüssel mit und sagte zum Abschied: „Wenn Du wieder kommst, werde ich wohl zu Bett liegen, denn ich bin krank". Außerdem händigte sie dem Kinde einen Zettel ein, der an eine Verwandte in der Herderstraße gerichtet war und in dem sie die Verwandte um ihren Besuch bat. Als das Mädchen zurückkehrte, fand es die Mutter und die kleinen Brüder tot vor. Der elf Jahre alte Knabe hatte eine furchtbare Wunde an der Stirn, den zwei Jahre alten Jungen und sich selbst hatte die Verzweifelte erhängt. In der Wohnung herrschte sonst die musterhafteste Ordnung.

Das Hemd als Geldbeutel.

Wir lesen in der „Frankf. Zeitung": Eine nicht geringe Ueberraschung gab es kürzlich in der Reichswollwoche bei der Sammelstelle eines Dorfes in der Umgebung von Siegen. Beim Sichten der eingegangenen Gaben fand man unter Decken, Tüchern und Strümpfen ein Frauenhemd, in welches ein Geldbetrag von 250 M. eingeknotet war. So sehr man auch die schöne Opferwilligkeit der unbekannten Geberin zu loben geneigt war, so ernstlich verdiente die unvorsichtige Art der Geldübermittelung eine Rüge. Man forschte zunächst vergeblich nach der Spenderin, und erst als der seltsame Vorfall im Dorfe von sich reden machte, stellte sich zur Erheiterung aller heraus, daß ein armes altes Mütterchen mit dem Hemd aus Versehen auch ihre Ersparnisse der Reichswollwoche geopfert hatte. Nach Entdeckung des Irrtums machte die Alte ihre „Stiftung" denn auch sofort rückgängig und war überglücklich, daß ihr der Schatz wieder eingehändigt werden konnte. Vorher mußte sie allerdings das Versprechen ablegen, in Zukunft ihre Reichtümer in einer etwas neuzeitlicheren Sparbüchse aufzuheben.

Ein christlicher Gewerkschaftsführer in russischer Gefangenschaft.

Der preußische Landtagsabgeordnete Imbusch ist der „Köln. Volksztg." zufolge verwundet in russische Gefangenschaft geraten. Imbusch hat namentlich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle gespielt.

Das Unglück vereinigt uns!

Ein Mitarbeiter des Berner „Bund" schreibt aus einem deutschen Lazarett:

Ich habe auch eine ganze Anzahl photographischer Karten gesehen, die französische Verwundete nach Hause sandten. Die Bilder zeigten Aufnahmen aus den Lazarettsälen und enthielten die Versicherung, daß den Verwundeten die beste Pflege zu teil werde. Viele französische Genesende ließen sich mit deutschen Kameraden zusammen photographieren. Ein Bild werde ich nie vergessen. Es zeigte mit ineinander geschobenen Armen einen französischen Soldaten mit zwei hölzernen Beinen und links und rechts von ihm je einen deutschen Soldaten mit nur einem Arm oder einem Bein. Ueber die Photographie hatte der Franzose geschrieben: „Le malheur nous réunit!" (Das Unglück vereinigt uns.) Diese vier Worte sprechen Bände. Ob nicht gerade der kameradschaftliche Verkehr, der sich zwischen den deutschen und französischen Verwundeten in den Lazaretten entwickelt, und die Berichte, die darüber nach Hause gesandt werden, ein stilles, aber mit der Zeit immer nachhaltiger wirkendes Mittel der Verständigung und Versöhnung abgeben? Wir wollen es hoffen.

Eingegangene Druckschriften.

Heft 19 der „Neuen Zeit" vom 12. Februar hat folgenden Inhalt: Befreiungslegenden. Von Wl. Kossowsky. — Elektrizitätsmonopol. Von Adolf Braun. — Kriegsgeschichtliche Streifzüge. (XI.) Von Fr. Mehring. — Arbeiterbewegung und Wehrkraft. Von Adolf Muschick. — Die Verlängerung der Kriege durch die Errungenschaften der Technik. Von Rudolf Kraft. — Notiz: Johann Bauer-Hamburg, Ledigengenossenschaften. — Literarische Rundschau: Heinrich Cunow: F. Müller-Lyer, Phasen der Liebe. — Ernst Meyer: Al. Kaufmann, Theorie und Methoden der Statistik. Siegmund Schott, Statistik. — Anzeigen: W. Keil, Das deutsche Volk im Kriege. — Wolfgang Heine, Kultur und Nation. — Leo N. Trotzky, Der Krieg und die Internationale. — Hugo Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit. — Julian Borchardt, Vor und nach dem 4. August 1914.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

P. 60. 1. Privatgeschäftliche Differenzen sind nicht innerhalb der Parteiorganisation auszutragen. 2. Allerdings darf man voraussetzen, daß Genossen unter sich geschäftliche Angelegenheiten in gegenseitiger Verständigung zu erledigen suchen. — **K. A. 50.** Für alle gilt als äußerster Einrückungstermin der 15. Februar. — **Nr. 17.** Darüber sind wir leider nicht informiert. — **M. F. 50.** 1. Am 31. Oktober. 2. und 3. In der Regel ja. — **A. S. 2.** 1. Nicht ratsam. 2. Zunächst im Zentralnachweisebureau des Kriegsministeriums, Dorotheenstr. 48 versuchen, ob die Adresse festzustellen ist. Dann mit genauer Adressenangabe durch Vermittelung des schwedischen Postamtes in Malmö, 1 Upa. absenden. Auch die Deutsche Bank, Berlin, Behrenstr. 9—13, hat sich zur Ueberweisung bereit erklärt. **H. W. 11.** 1. Wenn der Tod des Versicherten vor dem 1. Januar 1912 eingetreten ist, besteht kein Anspruch auf Witwenrente. 2. Nein. — **E. K. 84.** 1. Von der Miete dürfen Sie nichts abziehen. 2. Ja. — **H. 1001.** 1. Nummer der Vorstellungsliste. 2. Das Zeichen hat keine besondere Bedeutung. — **Ed. B. 64.** 1. Beim Vormundschaftsgericht. 2. Es wird dann nur Unterstützung für das Kind gezahlt. — **W. M. 22.** Ihre Fragen widersprechen sich; kommen Sie deshalb in die Sprechstunde. — **K. F. 27.** Leichter Grad von Kropfanlage; dienstfähig. — **L. S. 13.** Mit Ihren neun Fragen müssen Sie schon persönlich in die Sprechstunde kommen. — **E. L. 33.** Sie sind noch nicht völlig dienstfrei. — **P. P. 111.** Wegen Schwäche eines größeren Gelenks nur landsturmpflichtig; zurückgestellt wegen Verkürzung eines Beines. — **E. L. 87.** Landsturm ohne Waffe. — **K. 47.** Erkundigen Sie sich bei der Anatomie. — **F. B. 15.** Ja, soweit der Lohn 1500 M. jährlich übersteigt. — **K. 39.** Der Vollausschuß befördert keine Sachen an einen bestimmten Adressaten: er hat Ihr Paket jedenfalls als Liebesgabe in Empfang genommen und für diesen Irrtum werden Sie selbst büßen müssen, ohne irgendwelchen Schadenersatz verlangen zu können.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Ziemlich mild, im Südosten zeitweise heiter, in den meisten anderen Gegenden überwiegend bewölkt und vielfach nebelig, mit größtenteils geringen, im Nordwesten etwas stärkeren Niederschlägen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.